

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 576 13
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65

Der Abonnementpreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile, oder deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Timberg, Essen. Druck: H. Spasman & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Biemelhauser Straße 38 42

Telephon-Nummern: 4300, 4301
Telegramm: Ullverband Bochum

Per aspera ad astra!

Per aspera ad astra! Durch schwere Ringen zu den Sternen! Aus Kimmern und Finsternis strebt des Menschen Geist empor zu den Sternen eines glücklichen Seins. Durch die Jahrtausende zieht sich ein Silberfaden der Hoffnung, daß einmals, nach schwerem Ringen, der Stern der Freiheit und des Friedens die dunkle Nacht unseres Erdenlebens auf immer durchgluten und erleuchten möge.

Und immer wieder, wenn die Lichtgebanten der Weihnacht von Haus zu Haus ziehen, hofft die leidende Menschheit und harret ihrer Erlösung seit fast zweitausend Jahren. Wenn an diesem Weihnachtstage in allen Kirchen aufs neue die frohe Botschaft verkündet wird, so wissen wir, daß trotzdem noch immer nicht das Heil gekommen ist.

Ringsum ist Dunkelheit, starren feindliche Wände. Tausendfach lasten noch Entsetzen und Qual auf Millionen Menschen. Hunger und Elend sind fast überall traurige Gäste. Durch das Land schreitet das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Not und Kummer sind eingetehrt in die niedrigen Stuben der Bergmannshäuser. Aus tausend Augen blickt das graue Elend.

Besonders hart betroffen ist das rheinisch-westfälische Industriegebiet. In diesem Gebiet, das zu den konzentriertesten Produktionspunkten der Erde gehört und in dessen Gefüge die Macht der gegenwärtig herrschenden privatkapitalistischen Gesellschaft am prägnantesten verankert ist, zeigt sich das Unvermögen und der Widerstand der heute herrschenden Gesellschaft am deutlichsten. Hier tobt sich seit Jahr und Tag der ungezügeltste Schmarotchergeist der Schwerindustriellen gegen die Arbeiter aus. Die Arbeitsverhältnisse wurden besonders im Bergbau auf die niedrigste Stufe gedrückt. Unter rücksichtsloser Ausnutzung der durch die Inflation hervorgerufenen Schwäche der Arbeiterorganisationen führten die Ruhrunternehmer ihr "Sanierungsprogramm" durch. Der Desinteresse wurden goldene Verträge versprochen, wenn sie den Ratsschlägen der unternehmerischen "Wirtschaftsführer" folgen würde. Zum Leberfuß machte sich auch die neudeutsche "Götterdämmerung" in der Politik bemerkbar. Das gläubige Volk wählte eine "schmerindustriell-nationale" Rettungsmehrheit in den Reichstag und wartet nun, von Tag zu Tag aufs neue betrogen, auf die goldenen Früchte der schwerindustriell-privatkapitalistischen Regierungskunst.

Und was ist heute? Gleich schwarzen Nachtvögeln rauht eine Ploßbotschaft nach der anderen über das Land. Wenn am Weihnachtstage die Kirchenglocken die christliche Botschaft über die Erde tragen, dann wird ihr Klingen übertönt werden von den Silberfäden abertausender Opfer der Wirtschaftskrise. Seit September d. J. wirkt sich die Krise in dauernd steigender Linie aus. Die stürmische Steigerung der Elendskurve zeigen folgende Ziffern:

	Vollerwerbslose	Konturje
Anfang Juli	195 000	797
" September	231 000	887
" Oktober	266 000	1152
" November	364 000	1344
Mitte November	471 333	—

In einem halben Monat, von Anfang bis Mitte November, hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 30 Prozent vermehrt. Diese Steigerung setzt sich in rasendem Laufe fort. Die Not ist so drückend geworden, daß sich die Bezirksleitungen des ADGB und des IFA-Bundes für Rheinland-Westfalen veranlaßt sahen, ein öffentliches Schreiben an den Reichstanzler und den preußischen Ministerpräsidenten zu richten, in welchem es heißt:

"Die Wirtschaftslage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat sich derart verschlechtert, daß heute eine Wirtschaftskatastrophe mit all ihren fürchterlichen Auswirkungen unmittelbar bevorsteht. Die Erwerbslosenziffer steigt und steigt. Die Not drückt ins Unbeschreibliche. Die Unternehmer tun nichts, um die Not zu lindern. Im Gegenteil, alle ihre Maßnahmen steigern die Arbeitslosigkeit, verschlimmern die Notlage.

In beiden Provinzen befinden sich 250 000 Vollerwerbslose, die durch die Arbeitslosen betreut werden. Daneben sind aber noch etwa 200 000 Arbeiter vorhanden, die bereits ausgebeutert sind und keinerlei Erwerbsunterstützung erhalten. Sie fallen den Wohlfahrtsämtern zur Last.

Kommt nicht rasche Hilfe, so müssen Tausende von Volksgenossen buchstäblich verhungern!"

Leber die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Distrikten des Industriegebiets sprechen folgende Ziffern:
Essen hat mit 16 000 Hauptunterstützungsempfängern und 11,6 unterstützten Erwerbslosen auf 100 Krankentassenmitglieder die höchste absolute und relative Zahl im Regierungsbezirk Düsseldorf. Siegburg, das mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpft wie Essen, zählt 13,7. Ferner seien die Verhältniszahlen aus dem schwerindustriellen Bezirk angeführt: Duisburg 3,8, Mülheim a. Ruhr 3,7, Oberhausen 7,9, Hamborn 10, Dinslaken 10,1, Sterkrade 9,11.

Wie der Polizeipräsident von Bochum-Gelsenkirchen kürzlich der Öffentlichkeit mitteilte, sind in diesem Polizeibezirk der 542 000 Einwohner zählt, 61 000 Personen fast ausschließlich auf öffentliche Unterstützung angewiesen, d. h. jeder neunte Einwohner wird unterstützt. In dieser Zahl sind nicht enthalten die Leute, die sich von Renten ernähren oder die nebenbei unterstützt werden. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 17 000 mit 25 000 Familienangehörigen. Besonders ungünstig liegt die Lage in Gelsenkirchen, wo auf jeden siebenten Einwohner ein Unterstützungsbedürftiger kommt. Der Polizeipräsident appellierte an Reichs- und Staatsregierung, an Städte und Gemeinden, in großen Zügen Hilfsaktionen einzuleiten. Der Polizeipräsident ersuchte gleichzeitig die Grubenbesitzer, einen Teil der auf Halbe liegenden Kohle an die frierenden Volksgenossen zu geben. Große Sorge machte der Polizei die Unterbringung der Obdachlosen.

Am 5. Dezember fand in Dortmund ein Landgemeindegang der Landgemeinden des Regierungsbezirks Arnsberg statt, der gleichfalls zur Not im Industriegebiet Stellung nahm. Der Referent über das Thema: "Die Not der Rechenstillgelegten Gemeinden", der Gemeindevorsteher Sellweg-Kirchhörde, führte u. a. aus:

"Die Industrie legt die Betriebe still und zahlt keine Steuern. Mit Zug und Frug geht die Industrie um, um ihre Pläne zu rechtfertigen. 715 Millionen Mark hat die Industrie bekommen unter der Bedingung, daß keine Zechen stillgelegt werden und daß sie Steuern zahlt. Sie hat die 715 Millionen eingestekt, aber sie legt doch die Zechen still und zahlt keine Steuern. Die Zechen werden stillgelegt jeder Wirtschaftlichkeit zum Hohn. Auf der Zeche Wiendelsbank sind Jahre hindurch umfangreiche Neuanlagen gemacht worden unter ungeheuren Kosten und nun die Anlagen fertig sind, wird die Zeche stillgelegt. Die Leute, die so handeln, nennt man Wirtschaftsführer. Wir müssen das Elend, das solche Wirtschaftsführung herbeiführt, auf allen unseren Lagungen der Deffektivität zeigen. Die Gemeinden können die Not nicht lindern, sie können die Unterstützungen nicht aufbringen. Die Wege können nicht instand gehalten werden. Alles muß verkommen. Wenn nicht bald Hilfe kommt, werden wir zur Selbsthilfe zwingen müssen wie die Bevölkerung in Sprockhövel, die den Abbruch von Alte Haase verhinderte."



Victor Kalinowski:

Der Heiland der Welt.

Alljährlich, wenn der Tannenbaum
Erstrahlt zur trauten Weihnachtsfeier,
Erwacht der altersgraue Traum
Vom gottgesandten Weltbefreier.
Und wieder klingt das alte Lied
Von Glück und Liebe, Recht und Frieden,
Und jedes gläubige Gemüt
Vermeint, es sei ihm Heil beschieden.

Von dieser frohen Botschaft zehrt
Die Menschheit fast zweitausend Jahre.
Sie hofft, es kommt, was sie entbehrt,
Und schleppt noch immer die Kandare.
Noch immer herrscht die Sklaverei,
Noch immer liegt die Welt in Banden,
Und wider Haß- und Kriegsgeschrei
Ist noch kein Heiland aufgestanden.

Noch immer wird das Daseinsrecht
Dem Armen mitleidlos beschnitten.
Wer Knecht ist, heißt es, bleibe Knecht,
Er hat zu dienen und zu bitten.
Noch immer fehlt das trockne Brot
Den Massen, die nichts eigen haben,
Indes die Reichen sonder Not
Sich froh an Wein und Kuchen laben.

Den Heiland, der die Welt versöhnt,
Verkündet eine neue Lehre,
Und seine frohe Botschaft dröhnt
Schon um die Länder und die Meere.
Hoch ragt sein Thron im Arbeitsland,
Rot flammt sein Stern in fernsten Sphären
Und krönt ihn einst die Schwielenhand,
Wird ihn die ganze Welt verehren!



Der Regierungspräsident von Arnsberg, König, nahm gleichfalls zu dieser Frage Stellung und sagte zu der Auseinandersetzung über die Stilllegung von Zeche Alte Haase u. a. folgendes:

"Alte Haase ist eine ganz modern eingerichtete Zeche, die noch bis zuletzt ganz erhebliche Ueberflüsse gemacht hat. Die Verwaltung erklärte, 3 Mill. Mk. zu gebrauchen für die Aufrechterhaltung des Betriebes. Wir haben errechnet, daß der Staat sich besser stellen würde, wenn er die 3 Millionen zähle, als wenn er bei Stilllegung weit mehr an Unterhaltungen zahlen müßte. Ich beantragte darum bei der Regierung die 3 Millionen Mark. Da alle Haase aber heraus, daß der Lotharing-Konzern, zu dem die Alte Haase gehört, die 3 Millionen gar nicht wollte. Es kam ihm gar nicht auf die Aufrechterhaltung des Betriebes an. Er wollte die Stilllegung. Der Hauptanspruch des Landtages hat jetzt bestimmt, daß die Zeche nicht stillgelegt werden darf. Es kommt darauf an, was der Landtag jetzt beschließt. Juristisch erhebt sich aber dann die Frage, ob wir den Abbruch dessen hindern können, was der Unternehmer bereits an andere veräußert hat. Man hat von mir Polzei zum Schutze der Abbrucharbeiten verlangt. Das habe ich abgelehnt. Und die Bevölkerung war so vernünftig, Aufhebungen zu verhindern."

Der Landgemeindegang hat einstimmig eine Entschließung an, in welcher die Staatsregierung um rasche Hilfe gegen das fortschreitende Elend, das den Gemeinden und deren Wohlfahrtseinrichtungen vollkommen über den Kopf wächst, zu schaffen. So häufen sich die Ruhe aus dem besonders bedrohten Gebieten. Die Krise fließt aber bereits über die Grenzen der Industriezentren hinaus und erfährt die gesamte Wirtschaft in immer bedrohlicherem Maße. Nach der letzten und zur Verfügung stehenden Statistik der Gewerkschaften waren am 31. Oktober d. J. 5,8 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Ferner gab es an diesem Tage 12,4 Prozent Kurzarbeiter, so mehr als ein Sechstel der Arbeiter nicht den tarifmäßigen Lohn verdiente. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit weiter fortgeschritten. Diese schlechten Wirt-

schaftsverhältnisse offenbaren sich in einer Zeit, wo ein harter Winter im Anzuge ist und die immer wieder bemittelte kapitalistische Wirtschaftsordnung weder Weg noch Ziel zeigt.

Wie soll nun der Krise zu Leibe gegangen werden, wie soll das entsetzliche Los von mehr als einer Million Arbeitsloser gemildert werden? Das ist die schwierige Frage, die zu lösen ist. Die Bochumer Handelskammer sagt in einer Erklärung, daß mit Stilllegungen und Kurzarbeit sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht überwinden lasse, sondern diese dadurch noch von Tag zu Tag gefährlicher werde. Das ist richtig. Es erscheint vielmehr dringend notwendig, vorhandene Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten.

Wir haben in unserer Nummer vom 27. Juni d. J. schon grundtief auf die Unhaltbarkeit der heutigen Wirtschaftsführung hingewiesen. Die veränderten Bedürfnisse der Gesellschaft müssen systematisch auch von der Produktionsmethode umrissen werden. Wenn der technische Fortschritt in der Gesamtwirtschaft eine geringere Rohenergie zur Energieerzeugung erfordert, so muß sich die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit danach regulieren und nicht durch ein chaotisches Durcheinander von Ueberflüssen, Feierschichten und Kurzarbeit verunstaltet werden. Die überschüssigen Arbeitskräfte müssen neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen dienen. Wir schlagen damals vor, mit notwendigen, gemeinnützigen Arbeiten, Bau der Städte Schnellbahn Dortmund-Köln, Ausbau eines Verkehrsstrahlennetzes für das Industriegebiet, Fertigstellung des Lippkanals u. a. m. zu beginnen. Doch was ist vor all dem geschehen? Nichts! Die Großindustrie gab ihre Zustimmung nicht zur Ausführung dieser Projekte — und alle "maßgeblichen" Männer klappeten um, während von "anerkannten" Wissenschaftlern aller Grade, "bemühten" haarig und "unruhig" Wissenschaftler aller Geistes des Privatkapitalismus nicht dienlichen Pläne.

In dem schon genannten Notkreise der rheinisch-westfälischen Bezirksleitungen des ADGB und des IFA-Bundes heißt es über diese Frage:

"Das Schnellbahnprojekt, das mehr als 15 000 Personen Arbeit bringen und die Umgruppierung erleichtern könnte, schlägt."

Es wird dann in dem genannten Schreiben weiter gesagt, daß dieses für das rheinisch-westfälische Industriegebiet so notwendige Verkehrsprojekt nur deshalb nicht durchgeführt wurde, weil wirtschaftsgeographische Kreise es verstanden haben, diese Frage durch den Instanzenzug zu schleifen und an Zuständigkeitsstreitereien und Sabotierung der Mittelbereitstellungen scheitern zu lassen.

Inzwischen aber hungern die Erwerbslosen mit ihren Familien weiter. Die Not läßt sich nicht isolieren. Sie durchbricht den Kreis der direkt beteiligten Opfer und dringt ein in die Lebenshaltung auch derer, die noch "Arbeit und Brot" haben. Schlechte Löhne, hohe Arbeitszeit, unerträgliche Preise, hervorgerufen durch Zollwucher und ähnliche Maßnahmen, gefährden die Massen der schaffenden Bevölkerung. Arbeiter, Angestellte und Beamte der unteren Kategorien sind gleichermaßen bedroht, werden tagtäglich von Skorpionen beißen der Wirtschaftskrise gezeichnet.

Das Unternehmerrezept "Durch Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung und Brotzoll zur Stabilisierung der Wirtschaft", hat vollkommen versagt. Es müssen aus der Gesellschaft neue Kräfte aufsteigen, die der Wirtschaft einen Kurs geben, der über die Rationalisierung der Produktion, die Beseitigung des Leerlaufes in der Wirtschaft, die Verhinderung der tödlich wirkenden Preispolitik der Kartelle, über Preisabbau, Anpassung der Arbeitszeit an die gesellschaftlich notwendigen Bedürfnisse und Hebung des gesamten Lebensniveaus, zur wirtschaftlichen Gesundung führt. Der feilschende Kreislauf der kapitalistischen Wirtschaft, Ueberfluß auf der einen und Mangel auf der anderen Seite, kann nur überwunden werden, wenn sich Kräfte herausbilden, die zu einer harmonischen Wirtschaft, eingeteilt auf den Wohlstand und die Bedürfnisse aller Menschen, streben.

Diese Kräfte können sich aber nur aus den Schichten der proletarischen Klasse erheben. Der Kampf dieser Klasse um gesellschaftliche Achtung und Bedeutung ist deshalb ein Kampf um die Herstellung einer Gesellschaft der inneren Harmonie und sozialen Gerechtigkeit.

Die Bergarbeiter, die ihr Leben lang unter der Erde, im Halbdunkel schuften müssen, damit die übrige Welt im Lichte erstrahlen kann, müssen ganz besonders stürmisch nach einer besseren Gestaltung der Dinge streben. Das Los der Bergarbeiter zählt zu den elendesten aller Arbeiter. Schon John Stuart Mill, der englische Philosoph und Nationalökonom, stellte die große Frage, wie es wohl komme und wie es wohl haltbar sei, daß eine Arbeit um so ärmerer Gegenwerte erhalte, je freudloser und geisttörender sie sei. Die Unhaltbarkeit einer derartigen Sachlage muß die Bergarbeiter mit besonderer Kraft und Leidenschaft erfüllen, dafür zu wirken, daß die Menschheit aus der heutigen gesellschaftlichen Finsternis in eine reine, geläuterte Welt höheren Gesellschaftsstrebens hineinwächst.

So stehen wir heute, am Weihnachtstage des Jahres 1925, mitten im schwersten Ringen, um den Weg zu erkämpfen, der zu den Sternen eines glücklicheren Seins führt. In dem Evangelium Joh. 1, 5 heißt es:

"Und das Licht scheint in der Finsternis, und die Finsternis hat's nicht begriffen."

Wenn auch das Licht unzerstörbaren Willens und unserer reinen Ziele die Finsternis der kapitalistischen Welt bisher noch nicht erhellen konnte, so sind wir doch von dem Glauben besetzt, daß die Menschheit aus dunklen Gräben, durch schweres Ringen, aufsteigen wird zu den Sternen eines glücklichen, menschenwürdigen Lebens. In diesem Glauben stehen wir fest, stehen unsere Fackeln in die Dunkelheit und denken der unbeflegbaren Nacht dessen, der gesagt hat:

"Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden, und ich möchte, es brennte schon."

Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die Lage am Arbeitsmarkt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wirkt sich immer mehr zur Katastrophe aus. Stilllegungen und Entlassungen nehmen immer größeren Umfang an. Besonders schlimm liegen die Verhältnisse im Bergbau. Seit März 1925 sind 48 Zechen mit einer Belegschaft von über 43 000 Mann vollständig stillgelegt worden. Dazu kommen noch 18 kleinere Zechen, die gleichfalls stillgelegt wurden, außerdem umfangreiche Einschränkungen auf fast allen Zechen des Reviers. Im März 1925 betrug die Belegschaftsziffer des Ruhrbergbaues noch rund 470 000 Mann, jetzt wird sie noch ungefähr 390 000 betragen. Eine Verminderung also um 80 000 Mann. Noch erschreckender sind die Zahlen, wenn der Vergleich mit Anfang 1923 gezogen wird, wo rund 565 000 Belegschaftsmitglieder vorhanden waren. Die Verminderung gegenüber dieser Zahl beträgt also rund 175 000 Mann oder fast ein Drittel. Ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Stilllegungen und Entlassungen gehen immer noch weiter. Zum Bergbau gesellte sich in den letzten Monaten die Schwerindustrie in stärkerer Maße, wo ebenfalls Stilllegungen und Entlassungen in größerem Umfang erfolgen. In der vorhandenen Zahl der Arbeitslosen kommt das Glend in seinem ganzen Umfang zum Ausdruck. In der Provinz Westfalen waren am 15. November 93 000 Arbeitsuchende vorhanden, davon bezogen 72 000 Erwerbslosenunterstützung. Am Ende der ersten Dezemberwoche betrug die Zahl der Arbeitsuchenden schon 114 000, das ist eine Steigerung innerhalb drei Wochen von 21 000 oder 22,5 Prozent. In der Rheinprovinz sind die Verhältnisse gleich trübselig, wenn nicht noch schlimmer. Zu beachten ist hierbei noch, daß sich die Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig auf die Provinzen verteilt. Sie erstreckt sich in der Hauptsache auf die Industriebezirke und wirkt sich dadurch um so schlimmer aus. Die Bergarbeiter haben zudem in den letzten beiden Jahren viel unter Feiertagslohn gelitten. Der Lohn wurde trotz allen Anstrengungen der Gewerkschaften durch die Unternehmer mit Hilfe der Reichsregierung niedrig gehalten. Sie sind dadurch in ihrer wirtschaftlichen Lage schon stark geschwächt, so daß Arbeitslosigkeit, Not und Glend in vollem Umfang für die Betroffenen bedeutet.

Die Arbeitslosenunterstützung ist vollkommen ungenügend, um auch das Allernotwendigste zum Leben zu bestreiten. Aber viele Tausende sind ausgeteert oder bekommen sonst keine Unterstützung, weil ein Familienangehöriger noch eine kümmerliche Verdienstmöglichkeit hat. Diese sind auf die Wohlfahrtsmittel der Gemeinden angewiesen. Die Gemeinden sind aber vielfach ohne Mittel, weil die Betriebe stillgelegt, die Steuerquellen veripfot sind und die Ausgaben infolge der Arbeitslosigkeit alles Maß übersteigen.

Die Krise im Bergbau hängt gewiß zusammen mit der allgemeinen Wirtschaftskrise, deren Ursache zum Teil in den weltwirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen ist. Was aber ist von den Unternehmern und der Regierung geschehen, um der Krise entgegenzuwirken? Nichts ist geschehen! Im Gegenteil, ihre Maßnahmen mußten zur Verschärfung der Lage führen. Während der Inflation ist zur Sicherung des Bestandes eine erhebliche Erweiterung und Ausdehnung der Betriebe vorgenommen worden. Während in dem Hochkonjunkturjahr 1913 bei Freigabe der Förderung durch das Syndikat, also bei voller Ausnutzung der Betriebe, 114 Mill. T. gefördert wurden, betrug die Fördermöglichkeit nach Beendigung der Inflation bei voller Ausnutzung der Betriebe nach allgemein anerkannten Schätzungen 150 Mill. Tonnen. Die Abnahmefähigkeit war aber aus den verschiedensten Gründen geringer geworden. Richtiger wäre es gewesen, zu versuchen, Förderung und Abzug in Einklang zu bringen mit dem Ziel, die Betriebe voll auszunutzen. Das ließ sich allerdings nur ermöglichen mit der Arbeiterkraft und nicht gegen sie. Die Unternehmer taten das Gegenteil. Sie warfen die Arbeiterkraft auf die Straße und versuchten, unter Tarifbruch gewalttätig die Vorkriegsarbeitszeit einzuführen. Mit langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen glaubten und glauben sie noch, die Wirtschaft retten zu müssen. In der Erweiterung der Betriebe wurde lustig weiter gearbeitet. Notwendige Betriebsmittel sind in Anlagen festgelegt, die jetzt nicht ausgenutzt werden können. Wie sind die 550 Millionen, die der Ruhrbergbau erhalten hat, verwendet worden? Die Regierung hätte die Pflicht, die Verwendung dieser Gelder nachzuprüfen. Es ist durchaus nicht gleichgültig, wie gewirtschaftet wird. Aber die Regierung sieht den Dingen untätig zu, sie tut nichts, um eine Milderung herbeizuführen. Das einzige, was die Regierung getan hat, ist, daß sie durch den Reichswirtschaftsminister einen „Ausschuß zur Prüfung der mit der Stilllegung von Zechen im südlichen Ruhrkohlenbezirk zusammenhängenden Fragen“ einsetzte. Dieser „Ausschuß“, kurz „Stilllegungsausschuß“ genannt, hatte aber keinerlei Einfluß auf die Maßnahmen der Unternehmer. Es stellt sich sehr bald heraus, daß die Prüfung durch den „Ausschuß“ genau so eine Formschabe war, wie die Verhandlungen des Demobilisierungsausschusses auf Grund der Stilllegungserordnung vom 2. November 1920. In der Mehrzahl der Fälle wurde der „Ausschuß“ vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Arbeitervertreter des „Ausschusses“ haben dann auch schon Mitte dieses Jahres erklärt, daß die Arbeiten des „Ausschusses“ zwecklos seien, sie müßten es ablehnen, weiterhin sich an demselben zu beteiligen. Die Unternehmervertreter waren derselben Ansicht.

Der „Ausschuß“ hat zwei Berichte an das Reichswirtschaftsministerium gerichtet, in denen Vorschläge zur Sanierung des Ruhrbergbaues gemacht werden. Die Vorschläge sind zum Teil gemeinsam, zum Teil getrennt von Unternehmer- und Arbeiterseite gemacht worden. Das Reichswirtschaftsministerium hat aber nichts unternommen, der beste Beweis dafür, daß es den „Ausschuß“ als einen Ablehnungsausschuß betrachtete.

In der Denkschrift uneres Verbandes sind ebenfalls Vorschläge, um zur Gesundung des Bergbaues zu gelangen, gemacht worden, welche in Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium näher spezifiziert wurden. Bei diesen Verhandlungen beabsichtigte das Reichswirtschaftsministerium, den Stilllegungsausschuß in seiner jetzigen Form weiter bestehen zu lassen. Das wurde von den Verbänden entschieden abgelehnt. Die spezifizierten Vorschläge sind in der vorigen Nummer dieser Zeitung veröffentlicht. Diese Vorschläge sind vom Reichswirtschaftsministerium dem Großen „Ausschuß“ des Reichshohlenrates überwiesen worden. Das heißt wiederum auf die lange Bank geschoben.

Inzwischen wächst die Katastrophe sich immer mehr aus, die Not übersteigt alle Grenzen. Wir richten an die Regierung die dringende Frage, was sie gegen die Not zu tun gedenkt. Unmöglich können die Dinge so weiter laufen. Ein Ende mit Schrecken wäre dann unausbleiblich. Die Verantwortung dafür liegt der Regierung zur Last.

Das erste, was nunmehr getan werden muß, ist, daß Reich und Staat Mittel zur Verfügung stellen, damit eine einigermaßen ausreichende Unterstützung möglich ist, um das Schlimmste zu vermeiden.

Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit müssen ebenfalls Mittel bereitgestellt werden. Vorschläge sind in dieser Hinsicht öfter gemacht worden. Diese Notmaßnahmen müssen unverzüglich in Angriff genommen werden. Wir haben bezweifellos auf die Entwicklung hingewiesen und Vorschläge gemacht. Sie sind bis jetzt unbeachtet geblieben. Hoffentlich sieht die Regierung angefaßt des vorhandenen Glends und der drohenden Gefahr endlich ein, daß hier gehandelt werden muß, um zu gesunden Verhältnissen zu kommen.

Die Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise.

Eine Tagung des Bundesausschusses des DGB. gegen den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsführung.

Der Bundesausschuß des DGB. hielt am 8. Dezember seine erste Sitzung nach dem Breslauer Kongreß ab. Er beschäftigte sich vor allem mit der jetzigen Wirtschaftskrise und ihren schweren sozialen Folgeerscheinungen für Millionen von Arbeitern und Angestellten. Im Anschluß an eine eingehende Debatte faßte der Bundesausschuß die Forderungen, die er zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Erleichterung des Schicksals der von ihren Auswirkungen betroffenen Arbeitnehmer zu stellen hat, in einer einstimmig angenommenen

Entschließung

zusammen, in der es heißt:

„Durch die augenblickliche Wirtschaftskrise sind bereits mehr als eine Million Arbeiter völlig aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet und weitere große Massen nur noch teilweise beschäftigt. Die Gewerkschaften haben unablässig und schon zu Zeiten, als die wirtschaftlichen Voraussetzungen günstiger waren, die Bereinigung der Wirtschaft von allen parasitären Gebilden und überflüssigen Kosten gefordert. Das ist leider erfolglos geblieben. Das Unternehmertum hat die Bereinigung der Wirtschaft nur im Abbau der Sozialpolitik, in der Entlassung von Arbeitnehmern, in einer Niedrighaltung der Arbeitslöhne und Verelängerung der Arbeitszeit gesehen. Geblieben sind die überflüssigen Unternehmerrepräsentanten, die viel zu vielen Direktoren, leitenden Beamten und Aufsichtspersonen, der Leerlauf ungenutzter Produktionsmittel, die viel zu hohen Handelspreisen und Zwischenvermögen sowie die unerträglich hohen Gehältern. Während auf der einen Seite die Kaufkraft der breiten Massen abgedrosselt wurde, unterblieb auf der anderen Seite die notwendige und mögliche Senkung der Preise. Das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Warenpreisen mußte zu einer Abzack- und damit auch zu einer Produktionskrise führen.“

Aus dieser Erkenntnis geht mit vollkommener Klarheit hervor, daß diese Krise nicht behoben werden kann durch eine weitere Senkung der Löhne und der Kaufkraft der noch Arbeitenden, sondern daß dies im Gegenteil unfehlbar zur Verschärfung und Verelängerung der Krise führen müßte.

Zur Gesundung der Wirtschaft ist die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse ein unbedingtes Erfordernis.

Nichtabestweigernd mehrten sich die Meinungen, daß Unternehmer die gegenwärtige Notlage dazu ausnützen, unter Androhung der Entlassung willkürlich Lohnkürzungen vorzunehmen.

Aus sozialen und allgemein volkswirtschaftlichen Gründen legt der Bundesausschuß gegen diese Veruche scharfste Verwahrung ein und fordert bei dem gerechten Abwehrkampf alle mögliche Unterstützung der Öffentlichkeit und der Behörden.

Der Bundesausschuß verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß neben den Fehlern und Veräumnissen der inneren Wirtschaftsführung krankhafte Erscheinungen in der Weltwirtschaft und besonders der europäischen Wirtschaft die deutsche Wirtschaftskrise verschärfen. Statt durch die Herstellung einer europäischen Wirtschaftseinheit eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Gesundung in allen Ländern zu schaffen, werden um die einzelnen nationalen Wirtschaften Zollmauern errichtet und erhöht. Der Wahnsinn dieses Beginns wird durch die gleichzeitige Krise in den verschiedenen Ländern Europas aufs anschaulichste illustriert. Die Gewerkschaften richten an die Reichsregierung das dringende Verlangen, energisch und führend die Pläne einer wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Länder zu fördern.

Den Opfern der durch eine verfehlte Wirtschaftsführung hervorgerufenen Krise die Lebensmöglichkeit zu sichern und ihre Arbeitskraft zu erhalten, ist ein unbedingtes soziales sowie volkswirtschaftliches Gebot...

Richtigstellung.

In der Novembernummer von „Verband und Wirtschaft“ haben wir unseren Lesern, wie üblich, die Berichte der Preussischen Handelskammern, die im Ministerium für Handel und Gewerbe zusammengestellt und von dort aus der Wirtschaftspresse übergeben werden, unter Quellenangabe mitgeteilt. In dem Bericht der Ruhrhandelskammern war u. a. zu den Auswirkungen des gefällten Lohnschiebespruches auf die Wirtschaftslage im Bergbau Bezug genommen und Auffassungen vertreten, die denen der gesamten Bergarbeiterchaft und ihrer organisatorischen Interessenvertretung diametral entgegengesetzt sind. In Nr. 47 der periodisch erscheinenden Schrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“, Herausgeber Paul Veb (Berlin), ist nun in einem von „W. Sch.“ gezeichneten Artikel zu diesen Handelskammerberichten Stellung genommen, wobei die irreführende Meinung vertreten wird, der für die Zeitschrift „Verband und Wirtschaft“ verantwortliche zeichnende Redakteur identifiziere sich mit dem Inhalt der vom Ministerium der Öffentlichkeit übergebenen Handelskammerberichte. Hierzu ist neben einigem Grundfäglichem folgendes zu sagen:

Es ist im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes durchaus notwendig, daß die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes, für die „Verband und Wirtschaft“ bestimmt ist, auch die Meinungen der gegnerischen Seite, in diesem Falle der Handelskammern und leider auch des Handelsministeriums, kennen lernen.

Die Auffassungen sind keinesfalls kritiklos hingenommen worden. Fragezeichen hinter bestimmten Ausführungen bedeuten, daß der für die Zeitschrift verantwortliche Zeichnende diese Auffassungen nicht nur nicht teilt, sondern ihre Richtigkeit in Frage stellt. Daß jemand annimmt, diese Fragezeichen können von einem anderen als dem verantwortlichen Redakteur (z. B. vom technischen Personal) gemacht sein, zeigt von größter Unkenntnis journalistischer Arbeit und der Technik bei der Fertigstellung einer Zeitschrift.

Eine Kritik der Auffassungen, wie sie in den Handelskammerberichten enthalten sind, denen sich bedauerlicherweise auch das Preussische Handelsministerium angeschlossen hat, ist dort erfolgt, wo sie am wirksamsten erscheint. Das ist für uns und nach unserer Meinung die „Bergarbeiter-Zeitung“. In Nr. 46 dieses Blattes vom 14. November 1925 ist unter der Notiz: „Der Handelsminister, verantworten Sie das?“ die Wiedergabe der einseitigen Unternehmernauffassung in dem Ruhr-Handelskammerbericht durch das Handelsministerium und der darin enthaltene Eingriff in einen schwebenden Lohnstreik auf das schärfste kritisiert worden. Erwähnte Kritik in der „Bergarbeiter-Zeitung“ geschah auf Veranlassung des für „Verband und Wirtschaft“ verantwortlichen zeichnenden Redakteurs, noch bevor die Berichte in diesem Organ zur Druckenlegung gelangten.

Vorstehende Klarstellung möge zeigen, daß die Schriftleitung von „Verband und Wirtschaft“ die Unternehmernauffassung nicht nur nicht teilt, sondern sie sogar in der wirksamsten Weise bekämpft hat. Daß „W. Sch.“, der Kritiker unserer Zeitschrift in „Sozialistische Politik und Wirtschaft“, auch die Vorbildung des für die betreffende Nummer von „Verband und Wirtschaft“ verantwortlichen zeichnenden Redakteurs sowie ihn persönlich in der unfairen Art und Weise angreift, ist am besten geeignet, die Unschuldigkeit der ganzen Kritik zu zeigen. Mag es „W. Sch.“ vielleicht schwer fallen, einen Bericht lesen zu können, so bleibt es immerhin verwunderlich, daß die Schriftleitung von „Sozialistische Politik und Wirtschaft“, ohne sich von der Richtigkeit des ihr angelegenen Tatsachenbestandes zu überzeugen, einen Artikel zum Abdruck bringt, der nichts als persönlich gehäßige Angriffe enthält. Derartige Vorfälle sind leider nur zu leicht geeignet, das Organ „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ in den Ruf zu bringen, es handle nach dem Grundsatz: „Ich kenne den Fall nicht, aber ich mißbillige ihn!“

Wissen, Beruf, Technik. Dem Sterne entgegen!

Schon Jahrhundert auf Jahrhundert predigt man am Weihnachtstage von dem Frieden, der da auf Erden einmal werden soll, und Jahrhundert auf Jahrhundert brachte der Erde in Wirklichkeit nur Blut und Haß und Not, und niemals in der Geschichte ein großer, friedliebender Versuch der Gesellschaft, um Frieden und Leben in einen Einklang zu bringen. Wohl regte sich immer wieder Weihnachtsgedanken. Da unten, da wo die Not drückt, da steigt sich immer wieder ein Streben nach anderer Daseinsform. Aber die Gewalt triumphierte. Die Faust der wirtschaftlichen Klasse preßte sich wieder auf den sich rötenden Kaden. Menschen darben und litten weiter — und man predigte und predigte demnach von Liebe und Frieden, wenn der Tag gekommen, der nun einmal für diese Predigt angesetzt war.

Die Iets in der Geschichte, so heute. Heute Massen sind heute erfüllt von einem großen weihnachtlichen Sehnen nach Liebe und Frieden im Menschengebiet. Sie wollen statt der wirtschaftlichen Brutalität das Recht. Statt des wirtschaftlichen Egoismus die Gemeinschaft. Sie fühlen sich selbst selber, welcher Zwiespalt zwischen Weihnachtsgedanken und Leben ist, und darum wollen sie das Leben haben und besser und formen, das das Leben weihnachtlich, Liebe und Freude ist.

Aber gerade deshalb werden sie bekämpft, nicht man sie in ihrem Streben zu unterstützen. Man predigt von Liebe gern, man lauscht gern in weihnachtlicher Andacht ein Ständchen hindurch schönen Worten. Ja, man will auch Liebe, doch nur diese kleine, alltägliche Liebe, die da im Manne zum Ausdruck kommt, die da die Not, die wirkliche schwere Not schon verdrängt, die da den Wert ist, wie der Silberkranz an den Weihnachtsbäumen. Liebe ist heute ein Proben, den man dem Individuum, der ihn nötig hat. Und hinter diesem Proben an der Menschheit, hinter all diesem Leben und Wohlsein, da steht das Gespenst der wirtschaftlichen Barbarei die Jahre. Gegen dieses wahre Wesen des Kapitalismus kann auch die bürgerliche Liebe nicht an. Soll sie nicht an. Da hat die Liebe nicht zu sein. Da soll kein Friede sein. Da ist nur Kampf, harter, roher Kampf. Niedriger, gemeiner Kampf des Ich gegen das Ich. Geringer Kampf um nichts als materielle Vorteile — und wenn Menschenleben dabei auch zugrunde gehen.

Und sie gehen zugrunde. Sie haben nicht, was das Leben von ihnen verlangt. Sie werden zu Tausenden von dieser brutalen Barbarei weggerissen und liegen abwärts am Berg, hager, frierend, mit ihren Weibern, mit ihren Kindern. Und jeg-

lich predigt man dann von Liebe und Frieden. Und selbstgefällig lauscht man dann dieser Predigt im Bewußtsein, hinter höherer sittlicher Ideale zu sein.

Wo ist da drüben bei diesen jacten Pharisäern der weihnachtliche Stern, der da in solcher Schönheit und in solch strahlendem Glanze leuchtet, daß er alle mit hinaufreißt zu seiner Höhe? (Se jeben ihn nicht, sie können ihn nicht jehen, weil die Atmosphäre des Kapitalismus ihn verzerrt und trübt. Er leuchtet nur dem, der sich herausgerissen hat aus der egoistischen Enge des Tages, der frei von kapitalistischen Ketten über dem Tage jehend hinaufschaut.)

Schwefel und Brüder, jehet ihr den Stern, der da leuchtet? Er soll uns weisen! Nur ihn wollen wir folgen. Liebe und Freude soll sein!

Ein Ideal soll uns leuchten! Wenn auch wir uns verirren im jehbüßigen Tag, dann sind wir nicht anders als jene. Dann werden auch wir im jehbüßigen Gewirr des kapitalistischen Wesens, ohne herauszukommen zu können im Sinne unserer großen weihnachtlichen Aufgabe. Wir haben eine historische Mission. Wir haben die Verantwortung zu jühren den Weg, dem der Weihnachtsstern leuchtet, vorwärts ins Land edelsten Menschentums.

Wir erleben es jehet immer wieder in unserer wirtschaftlichen Kämpfen, wie heute Interesse gegen Interesse, Klasse gegen Klasse kämpft. Da kann niemals Liebe die Seele des ganzen Daseins sein. Und darum sind wir Gestalter zur Wirtschaftsjorm der Gemeinschaft.

Aber die Gestaltung des Lebens allein genügt auch nicht. Wir müssen der Form die lebendige Seele geben. Wir müssen das Zusammenleben mit unserer Seele durchglücken. Und darum müssen wir in unserer jehbüßenden Kampf den Schwung hineinbringen, der da einst, die Glut, die da einmald jagt, die begeisterte Liebe zum Wahnen und Guten und Edlern, die da Menschen zu Schwefelern und Brüdern eint. Ein Stern muß uns leuchten, ein hoher, heiliger, jehener Stern. Ein großer Gedanke. Das Ideal einer glühenden menschlichen Liebe.

Nur wenn jolch ein Stern leuchtet, nur der jühlt sich groß und hoch. Nur der jühlt sich jchon heute herauszuheben aus dem Tage und näher dem neuen edleren Menschentum. Wer das Ziel abnt in heiligster Größe, der ist auch zu größtem Opfern bereit, der jehet keine Kleinigkeiten, die kramen, der ist auch im Kleinen von Großen getrieben.

Solidarität ist die treibende Seele des gewerkschaftlichen Kampfes, und Solidarität, durchheiliget von diesem Glauben an das Große, das ist die Glut aus dem Sterne, der da über der Menschheit jehet seit Ewigkeit.
Dr. Gustav Hoffmann.

Der Zerfall.

Von Max Dorn.

Der erste Schnee fiel auf die Berge. Das Gebirge jehaut aus wie überzuckert. Eine weiße Linie schiebt sich in die andre, zartes leichtes Blau trennt Silhouette von Silhouette. Und oben auf dem Gebirgskamm liegt in all dem blendenden Weiß ein braungrauer Flecken, der ist das Dorf Hohenstein. Hohenstein, das Bergmannsdorf!

Hohenstein ist ein armes kleines Dorf, das kaum fünfhundert Bewohner zählt. Hohenstein liegt inmitten von Wäldern, die aber gehören zum Fürsten Goldfels. Wenig Wiese, noch weniger Acker hat das Dorf drunten in der Talmulde im Waldschacher Grund.

Wohin lebt Dorf Hohenstein? Von Not und von Sorge. Hohenstein hungert. Hohenstein hungert seit Jahr und Tag. Der Hunger jing an — als die Eisensteingrube Sibylle die Nahrungsmittel des Dorjes gewesen, durch die Arbeitsmöglichkeit auf Grube Sibylle war das Dorf gewachsen, vor hundert Jahren stand Hohenstein auf den Landkarten nur als kleiner Weiler eingetraget. Aber mit der Stilllegung von Grube Sibylle brach Unglück über das Dorf herein: Arbeitslosigkeit — Sorge — Not — Streit und Krankheit.

Die Grube Sibylle gehört zu einem großen rheinischen Düttentwert, das sich durch den Eisenstein von Grube Sibylle mehr und mehr entwickelte. Dann aber kam das Verhängnis für Grube Sibylle — das Düttentwert bezog besseren und billigeren Eisenstein von Schweden und Spanien. Eine Zeit lang jehleppte die Dütte ihre heimische Eisensteingrube mit — hin durch die jehschollen wirtschaftlicher Stodung — aber eines Tages legte die Düttendirektion die Grube still. Begründung: „Die Zuckhülle für den Grubenbetrieb werden zu hoch.“ Man versteht: Aktionäre wollen Dividenden, und Werkdirektoren wollen Lantienmen. Der Erzbergmann? Ruh! helfe er sich.

Und nun zeichne ich das Schicksal des Johann Heinrich Ahmann — arbeitsloser Erzbergmann in Hohenstein. Ahmann ist ein hagerer, jehweijamer Mensch, der niemals aus seinem heimischen Gebirge herauskam, im Kriege war er von der Grube rekrutiert. Ahmann wohnt in einem kleinen jehieren Häuslein, das Erbe seiner Väter, der Vater und der Großvater waren gleichfalls Erzbergleute. Und eine Bergmannstochter ist auch die Gutlin des Ahmann, die Annelathrin. Frau Annelathrin ist hart und bitter: von Not und Krankheit gebeugt. Die Familie hat vier Kinder, lanker Mädchen. Die älteste Tochter „dient“ in der Stadt, bei Weggermeister Friedrich Stöhn, sie ist jehbzehn Jahre alt und heißt Elisabeth. Seit einem halben Jahre kam Elisabeth nicht mehr auf Besuch zu den Eltern, von wegen der

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Die Referentenentwürfe für die Gestaltung des endgültigen Reichswirtschaftsrats unterliegen der Beratung im Unterausschuss des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrats.

Aufgaben des Reichswirtschaftsrats

aufgeführt: die Beratung von Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag bei wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die Anregung solcher Maßnahmen, die Vornahme von Untersuchungen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet und die Unterstützung der Reichsregierung bei der Durchführung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen.

Die Zusammensetzung

sieht der Entwurf eine wesentliche Verkleinerung vor. Die Zahl der ständigen Mitglieder wird von bisher 326 auf 126 herabgesetzt.

Table with 2 columns: Category and Number of Members. Includes Unternehmern (41), Arbeitnehmer (41), Vertreter der nicht privatwirtschaftl. Zwecken (14), etc.

In der Arbeitnehmerabteilung besteht keine Gruppenbildung, jedoch sind für Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft und des Transportgewerbes sowohl unter Angestellten wie unter Arbeitern Mindestzahlen vorgesehen.

nichtständige Mitglieder

jeweils für einzelne Beratungsgegenstände in die Ausschüsse berufen werden, und zwar kann der Vorstand entweder bestimmte, von den Abteilungen ihm zu bezeichnende Persönlichkeiten berufen, oder auf Vorschlag der Abteilungen solche Verbände, die nach einem besonderen Verfahren vom Vorstand für benennungsberechtigt erklärt worden sind, zur Entsendung von Vertretern für einzelne Beratungsgegenstände auffordern.

kommen insbesondere diejenigen Organisationen in Betracht, die infolge der Verkleinerung ständige Mitglieder nicht benennen können. Diese nichtständigen Mitglieder haben für die Dauer ihrer Mitgliedschaft die gleichen Rechte wie die ständigen Mitglieder, insbesondere steht ihnen für den Beratungsgegenstand, für welchen sie vorgeschlagen sind, volles Stimmrecht zu.

Organe des Reichswirtschaftsrats

sind der Vorstand, die Abteilung, die Ausschüsse und die Vollversammlung. Der Vorstand erläßt die Geschäftsordnung, überwacht die Belegung der Ausschüsse und ordnet die laufenden Geschäfte.

Die Tätigkeit der Ausschüsse.

Die Hauptarbeit des Reichswirtschaftsrats soll in seinen Ausschüssen geleistet werden. Außer den drei ständigen, aus je 27 bis 30 Mitgliedern bestehenden Hauptausschüssen — dem wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Ausschuss — können mit Zustimmung des Vorstandes und der Reichsregierung Sonderausschüsse für einzelne Aufgaben errichtet werden.

Die Vollversammlung.

soll nur in Ausnahmefällen zusammentreten; hierfür bedarf es entweder des Verlangens der Reichsregierung oder eines Beschlusses von 75 ständigen Mitgliedern sowie der Zustimmung des Vorstandes. Neben Haupt- und Sonderausschüssen ist für die Vornahme von Enquêtes ein besonderer Ausschuss zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet vorgesehen.

Zur Erleichterung einer Abänderung des Gesetzes wird endlich bestimmt, daß die Körperschaften, welche zur Benennung von ständigen Mitgliedern berechtigt sind, alle sechs Jahre durch eine von der Reichsregierung nach Anhörung des Reichsrats und mit Zustimmung eines Reichstagsausschusses zu erlassende Verordnung im Rahmen der für die Abteilungen vorgesehenen Mitgliederzahlen anderweit festgesetzt werden können.

Der Unternehmerterror gegen Knappschaftsinvaliden.

Bei den Verhandlungen über den Bergetat im preussischen Landtag führte Kamerad Otter zu dieser Frage u. a. folgendes aus:

„Aber die klare und eindeutige Bestimmung des Tarifvertrages setzen sich die Wertbesitzer hinweg, sie diktiert und kürzen den Invaliden ihren fauer verdienten Lohn. Falls die Invaliden eine Klage bei den Generalkommissionen anstrengen, werden sie zu 90 Prozent mit ihrer Klage abgewiesen.“

Die Bergarbeiterorganisationen sind von dem Grundsatze ausgegangen, das Reichsknappschaftsgesetz zu gestalten und den § 26 so zu fassen, daß es den Bergarbeitern ermöglicht wird, sich mit 50 Jahren pensionieren zu lassen, und zwar deshalb, weil in vielen Fällen die Bergarbeiter dieses Alter gar nicht erreichen.

Die Unternehmer klagen über zu hohe soziale Lasten. Was geschieht aber? Die Herren Unternehmer ziehen einem Bergarbeiter, der sich nach seinem 50. Lebensjahre invalidisieren läßt, 1,50, ja 2 Mark pro Schicht und mehr vom Lohn ab, obwohl die Invaliden dieselbe Arbeit leisten wie vor der Invalidisierung und daselbe, was ihre Kameraden, meinetwegen in derselben Arbeit, leisten, die nicht invalidisiert sind.

einmal mehr in der Stille auch zwei lustige schneeweiße Ziegen, gackerten die Hühner und trächte frühmorgens Barbarossa: der wachsame Godeloh — aber das alles ist längst vorbei. Alles aufgegeben — um nicht zu verhungern. Und doch ist im Stalle etwas drin, in einer Ecke liegt es in Stroh — und sorgfältig mit alten Säden zuge deckt, das sind die Kartoffeln: der letzte Rettungsanker der Familie.

Im Gemeindehaus des Dorfes Hohenstein ratzschlagte man hin und her: wie der Not der brotlosen Bergleute zu wehren sei, doch der Johann Heinrich Hermann jagte sich: „Es ist aus!“ Und täglich ging er in den Stall, er hob mit zitternden Händen die Säcke über den Kartoffeln hoch — und mit verzweifeltstem Blicke sah er den Kartoffelvorrat kleiner und kleiner werden.

Das Haus des brotlosen Bergmannes war schweigam geworden. Vater und Mutter sprachen nicht miteinander, die Not hatte ihre Herzen entfremdet. Und die Kinder waren an dem verzweifeltsten Blick der Eltern schüchtern geworden. Sie — flüsteren — nur noch miteinander.

Da ging Vater Hermann eines Frühmorgens in den Wald, er schnitt Birkenreisig, und er schnitt Haselgerten. Ein paar Tage drauf wanderte die Annetakathrin Hermann zu Tale, auf ihrem Bündel trug sie zwanzig Reisigbündel.

Am Abend schien der Mond, weißgrün und kalt. Der Schnee knackte. Der Wind wehte her von Osten — und mühsam wanderte Frau Annetakathrin Hermann in ihrem heimischen Dorfe zu, auf dem Bündel die unverkauften Reisigbündel. Aber über dem Antlitz der Frau zuckte ab und zu eine kleine Frende, der allerdings sofort wieder eine harte Bitternis folgte.

„Da schreiten ja zwei Menschen durch den Schnee. Wer ist denn die Frau — die zehn Schritte hinter den Reisigbündel bergauf stapft, durch den hartknackenden Schnee?“ Die ist überhaupt keine Frau — die ist ein Mädchen. Das ist die Lisbeth Hermann. Die da in der Stadt „diente“. Jawohl! „diente“! Seit heute Mittag dient Lisbeth nicht mehr. Mutter nahm sie mit heim. Was trägt Lisbeth denn für ein großes Tuchbündel auf dem Arm?“ Wartet nur — bis sich das Bündel entbündelt.

Endlich daheim. Mutter Hermann wirft ihre Reisigbündel vor den Küchenschof: „s is naut zu verkaufen!“ Vater Hermann ward wie Stein. Er schwieg. Er gab auch der Lisbeth kein Willkommen. Lisbeth meinte. Die Trudel, die Paula und die Frieda — aber — die Kinderchen: die hingen sich jubelnd an die Röcke der

vom Lohne weg, sie berechnen sich auf Kosten der von der Knappschaft gezahlten Pensionsätze. Die Beche Werne an der Lippe, Schacht III, hat 43 Invaliden den Lohn so gekürzt, daß sie 698,75 Mark im Monat Februar auf 25 Schichten gerechnet, den Invaliden gegenüber dem Tarifvertrage zu wenig gezahlt hat. Die Beche Kurl hat 48 Invaliden 1720 Mk. zu wenig gezahlt. Die Beche Radbod 66 Invaliden 1744,25 Mk., Massen I und II 53 Invaliden 2089,50 Mk., Massen III und IV 86 Invaliden 2118,50 Mk., Königsborn I und II 144 Invaliden 3037,50 Mk. Soviel bekamen die Invaliden zu wenig. Willkürlich, ohne den Betriebsrat zu fragen, ohne nach Recht und Gerechtigkeit zu fragen, hat das Unternehmertum den Invaliden ihr farges Einkommen gekürzt und ihnen Brot genommen. Sie berechnen sich an den Invalidenpensionen auf Kosten der Knappschaft.

Folgende Bechen haben bei 100 und mehr Invaliden widerrechtlich Lohnabzug gemacht:

Table with 3 columns: Name, Zahl der Invaliden, Lohnabzug pro Schicht. Includes Smijer Lippe (100, 1,50-2,00 Mk.), Königsgrube (100, 1,50-2,00 Mk.), Recklinghausen II (106, 10-20 Prozent), Nordstern (113, 1,50 Mk.), Bruchstraße (117, 1,50-2,00 Mk.), etc.

Die Bergarbeiter haben in vielen Fällen versucht, ihr Recht zu bekommen, sie haben Klage beim Berggewerbegericht angehängt. Aber diese Bergarbeiter kamen in den meisten Fällen vom Regen in den Wolfenbruch. Sie haben zwar die Bechen verklagt, aber Recht haben sie nicht bekommen. Die Berggewerbegerichte fällen Urteile, die geradezu haarsträubend sind.

Wir erwarten von der Staatsregierung, daß sie in Unberath der furchtbaren Not, in der sich die Invaliden befinden, alles tun wird, um den Unternehmern zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Die Bergarbeiter haben ein Anrecht darauf, von der Regierung in Schutz genommen zu werden. (Bravo! bei den Soz.)

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Zur Stinnesliquidation

wurde Ende der ersten Dezemberwoche gemeldet: Das Stillhaltekonjunktium wird über den 15. Dezember hinaus auf erhebliche Zeit verlängert werden.

Der für die Weiterbindung in Betracht kommende Restbetrag wird auf 28-30 Millionen Mk. geschätzt, die Prolongationszeit auf 6-12 Monate. Daneben besteht weiter das Kreditkonjunktium bis zum normalen Ablauf Ende nächsten Jahres. Die Restforderungen dieses Syndikats mögen zurzeit noch etwa 6-70 Mill. Mk. betragen, aber das ist reine Schätzung. Die Realisation der Handelsgeschäfte in Wien in der Türkei, im Eisenfach usw. schreiten systematisch fort; über eine Reihe von großen Besitzobjekten muß teils noch verhandelt werden, teils sind Interessenten da. Greifbar wird demnächst mutmaßlich die Abstoßung der auf der Seite Matthias Stinnes stehenden Gaswerke Ruhr samt Patenten, ein Objekt von schätzungsweise 7-8 Mill., auf das, wie an anderer Stelle erwähnt wird, der Deutsche Glühlampenkonzern sein Auge gerichtet hat zum Zweck der Birnenfabrikation usw. Wenn die Gründung der Kohlenhandelsgesellschaft bisher noch nicht zustande kam, so hängt das mehr an Ungeklärtheiten. Selbstverständlich suchen die an dem Objekt mitzubeteiligenden Produzenten, also Siberia und Krupp, so günstig als möglich anzukommen, während es umgekehrt die Aufgabe der Abwicklung ist, das Beste aus der wertvollen Sache herauszuholen. In der Kohlenhandelsgesellschaft, die mit 25 Mill. geplant ist, wird die Beteiligung am Mühlheimer Bergwerk enthalten sein und zugleich ein Recht auf den Erwerb der Matthias Stinneszehen, die jetzt wieder, wie man hört, stark rentabel sind.

Krupp baut rücksichtslos Arbeiter und Angestellte ab und trägt sich mit dem Gedanken der Erwerbung neuer großer Objekte! Und die Matthias Stinneszehen sind wieder stark rentabel!

Zum Fall Giese-Harriman

sind Verhandlungen mit Preußen bezw. der „Preußag“ im Gange, die erfolgversprechend sein sollen in der Richtung, daß die auf deutschem Boden gewonnenen Bleierze auch in Deutschland bearbeitet werden können.

Wurst. „Von wegen n'er Wurst?“ Ja, sicher doch! das war so. Lisbeth brachte 'ne große Mettwurst mit. Vater Hermann frag: „Mädchen, woher hast Du die Wurst?“ Lisbeth: „Er, ich hab' sie halt mitgenommen.“ Der Vater: „Weißt das der Stöhn?“ Da schwieg Lisbeth, ihr Herz hatte es gut gemeint. Vater Hermann aber schlug seiner Tochter die Wurst um die Ohren, und da war Lisbeth eben nicht mehr auf Besuch zu den Eltern gekommen.

Nun die anderen Kinder. Die Trudel, zwölf Jahre alt, sie hat Ausschlag am ganzen Körper. Frau Sagewald, die „Doktorin“ des Bergmannsdorfes, meinte: „Der Ausschlag kommt von der Hungerei.“ Und sie gab dem Mädchen wildes Teckraut, zur Kur. Diese Konjunktation kostete der Familie drei Eier, das war vor fünf Monaten, damals lebten die beiden Hühner noch, heute sind sie gegessen, aus Not.

Dann die Tochter Paula, elf Jahre alt, ein Kriegskind, rachsüchtig, sie hat verkrüppelte Beinknochen.

Und die Frieda, das jüngste Kind, fünf Jahre alt, die ist des Hauses Sonnenschein, die lacht, auch wenn es am Sonntag nur Kartoffeln, Zwiebeln und troden Brot gab.

So! das ist die Familie des erwerbslosen Bergmanns Johann Heinrich Hermann.

Und nun das Haus. Eine Küche unten. Zwei Zimmerlein droben. Die Bettmatten war dreißigmal gefickt. Die Kleider der Familie sind eben so aufgetragen wie die Schuhe, eigentlich kann man nur noch von Trümmern der Kleider und Schuhe reden. Die Küche ist warm — denn der Wald liefert „Rast- und Seeholz“ umsonst. Aber was nützt ein warmer Herd, wenn nichts in die Töpfe hineinkommt. Ja, da fehlt es eben, — seit Monaten lebt die Familie Hermann nur noch von Kartoffeln, trockenem Brot und schwarzer Kornbrühe, gebeizten — Kaffee!

„Aber die Fürsorge?“ Fürsorge —? Ist dann Fürsorge da: wenn man zu stolz ist, um Fürsorge zu bitten? Und Johann Heinrich Hermann ist stolz. Stolz heißt hier — Würde! In der Brust des Bergmannes Hermann lebt ein hartes Rechtsgefühl, und dieses Rechtsgefühl verbietet ihm — zu bitten. Wo auch hätte er bitten sollen? Beim Bürgermeister vielleicht? Der war hart und abweisend — der war doch der „Großgrundbesitzer“ des Dorfes — der hatte nicht weniger als elf Morgen Land!

„Und die Erwerbslosenfürsorge?“ Ja, die hatte wohl neun- unddreißig Wochen lang eine kleine Unterstützung ausgezahlt, dann aber war Schluss.

„Und der Verband?“ Nun, dies ist eben das Traurige, die Bergleute von Hohenstein haben ihrem freien Verbands längst den Rücken gekehrt. Als die Bergleute durch die Arbeitslosigkeit in Not kamen, da verloren sie zunächst den Glauben an sich selbst, und dann auch den Glauben an den Verband.

Und nun der Stall des Johann Heinrich Hermann. Der ist leer. Einmal hatte man wohl ein Schweinchen fett gemacht,

älteren Schwester. Durch das Gezehe der Kinder ward plötzlich ein zartes kleines Stimmlein nach, ein dünnes feines Mädchenstimmlein — und Mutter Hermann jagte zur Tochter: „Gib! so zeig es doch dem Vater.“ Dem Vater wurden die Augen groß, als Lisbeth aus dem Tuchbündel ein vier Wochen altes Kindlein herausfischte. Die Mutter Hermann nahm das weinende Kindlein auf den Arm — und tröstete: „Wiegelmiegelmie — Kindlein, Kindlein, schlaf!“

Stärker meinte die Lisbeth. Und der Vater war aufgestanden, wie eine Säule stand er starr vor seiner Tochter: „Mädchen, wem ist das Kind?“ Die Lisbeth: „Mir!“ Der Vater: „Wie heißt es?“ Lisbeth: „Friedrich.“ Der Vater: „Friedrich Stöhn?“ — ist dies ein Neugeborenes?“ Lisbeth: „Ich weiß es nicht.“ Da hob der Vater drohend die Hand, aber Mutter drängte sich mit dem Kindchen zwischen Vater und Tochter. Mutter jagte: „Er Vater, sei gut — sie ist doch unsere Tochter.“ Und aus ihrem Hüftentuche zog Frau Hermann heraus eine Mantokute zu hundert Mark, die übergab sie mit bitter-süßem Lächeln ihrem Gatten — der nahm schweigend das Geld — seine Augen drehten sich dreimal in ihren Höhlen herum — dann legte Vater Hermann das Geld auf den Küchentisch — und er ging hinaus — in den Stall. Dori erhängte er sich. Alle Not war für ihn zu Ende!

Dies ist die Geschichte vom Zerfall einer Familie.

Und nun noch die Grube. Die Grube Sibylle! Sie liegt am Berggang, inmitten verstreuter Buchenwälder. Du findest den Pfad zur Grube nicht, die Pfade zur Grube sind vom Schnee überweht, kein Bergmann tritt dir Bahn. Du mußt dich zur Grube auf gut Glück durch den Wald hinfinden. Da wächst die Grube nun aus Wald und Schnee gelblich und schwarz vor dir auf. Die Grube ist tot. Das Maschinenhaus hielt sein Herz an. Der Grubenschlot zog längst keine schwarze Flagge ein. Die Schachtträger und die Fördererle rosten. Wirst du einen Stein in den Schacht — dann hörst du in der Tiefe den Stein auf Wasser schlagen. Nochmals — nochmals — und immer hörst du von unten herauf den Schrei gestörten Wassers. Der Ausschlag des Steines auf Grubenwasser. Die Grube ist erloschen.

Der Wind heult um's tote Grubengemäuer. Und von der Finne des Grubenschlotes herab hörst du den wehen Schrei eines hungrigen Raben. Als du aber wieder durch den versteinerten Winterwald schrittest, da verfolgten dich immer diese dumpfen Stimmen: „Warum habst ihr unser Beck zerfallen lassen?“ Wer waren diese Stimmen? Die waren die Stimmen der verstorbenen Bergleute, die da in hundertjähriger Arbeit den Berg erschloffen hatten — und deren Söhne und Enkel das Beck der Vater im Stiche liegen. Allerdings nicht durch eigene Schuld. Schuldig ist die Wirtschaftspolitik, schuldig ist der Profit! Und hier bringt ein Kef. Glück fort!

Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

Der christliche Metallarbeiterverband und die Bezahlung der Kofereiarbeiter.

In Nr. 48 der „Bergarb.-Ztg.“ haben wir darauf hingewiesen, daß am 19. November das Landgericht Dortmund entschieden hat, daß die Lohnforderungen der Kofereiarbeiter seitens der Unternehmer unberechtigt seien und daß der Bergarbeiterverband die Führung der Klage in Sachen Wolf und Genossen gegen Rombacher Hüttenwerke hatte. Dieses scheint dem christlichen Metallarbeiterverband nicht zu passen, denn er behauptet in der ihm zur Verfügung stehenden Presse, daß nicht der Bergarbeiterverband die Führung der Klage hatte, sondern daß er die Kofereiarbeiter durch sein schnelles Eingreifen vor Schaden bewahrt hätte. Es ist Zeitbergung, sich mit diesen Leuten zu befassen, ihr Auftreten in den Kofereiarbeiterversammlungen zwingt uns aber dazu, einiges zu ihrer Kluntereien zu sagen. Wie liegen nun die Tatsachen?

Nach dem Schiedsspruch vom 5. Februar 1925 und nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die Arbeitszeit in den Kofereien und Hüttenbetrieben vom 20. Januar 1925 kürzten die Unternehmer den Kofereiarbeitern ihren Lohn um 40-50 Pf. pro Schicht. Die Bergarbeiterverbände versuchten nun, mit dem Besonderenverband die Streitigkeiten auf dem Verhandlungswege zu erledigen. Da es zu keiner Einigung kam, beauftragte der Verband seine Mitglieder, soweit sie in der Koferei beschäftigt sind, den ihnen zu unrecht abgehaltenen Lohnbetrag einzuklagen. Unter anderem wurde auch die Klage Wolf und Genossen gegen die Rombacher Hüttenwerke anhängig gemacht. Das Berggewerbegericht, Spruchkammer Duisburg, an dem die Klage anstand, entschied in seiner Sitzung vom 26. Mai, daß der Lohnabzug seitens der Unternehmer unberechtigt ist, also zugunsten der Kofereiarbeiter. Gegen dieses obliegende Urteil legte nun die Verwaltung der Rombacher Hüttenwerke Berufung beim Landgericht in Dortmund ein. Später fand eine ähnliche Lohnklage gegen die Zeche Neuföln (Eisener Bergwerksverein) am Berggewerbegericht, Spruchkammer Essen III an, welches dann bezugnehmend auf das bereits vorliegende obliegende Urteil der Spruchkammer Duisburg gleichfalls zugunsten der Arbeiter entschied. Auch gegen dieses Urteil legten die Unternehmer Berufung beim Landgericht Dortmund ein. Beide Klagefachen sind dann auch getrennt beim Landgericht geführt worden. Das Gericht beschloß in dem am 12. November 1925 stattgefundenen Termin, daß beide Klagen, die sachlich auf demselben Gebiete lagen, zusammen zu verhandeln sind. Damit war unser Klagevertreter, Rechtsanwalt Frank I. in Vertretung Dr. Elias, sowie der des christlichen Metallarbeiterverbandes, Dr. Schüding einberufen. Am 19. November, dem Tage der Urteilsverkündung, ist dann über beide Berufungsklagen und zwar über die des Bergarbeiterverbandes in Sachen Wolf und Genossen gegen die Rombacher Hüttenwerke und die des christlichen Metallarbeiterverbandes in Sachen der Kofereiarbeiter der Zeche Neuföln entschieden worden. Dies ist kurz der Sachverhalt. Nun versucht der christliche Metallarbeiterverband einmal in der Presse und dann in den Versammlungen, den Kofereiarbeitern vorzutäuschen, daß er zuerst die Klage der Kofereiarbeiter geführt und ihnen zum Siege verholfen hätte. Er vergißt nur zu sagen, daß er sich erst über die internen Vorgänge in dieser Angelegenheit Auskunft und Material holte von einer der Organisationen, die in den einzelnen Verhandlungen die Unternehmer auf den unrechtmäßigen Lohnabzug bereits aufmerksam gemacht hatten. Des weiteren war ihm die Möglichkeit gegeben, am 9. Juli beim Berggewerbegericht Essen sich auf das Urteil der Spruchkammer Duisburg vom 26. Mai, welches vom Bergarbeiterverband erstritten war, zu stützen. Kein Mensch hätte nun etwas dagegen, daß der christliche Metallarbeiterverband auch eine Klage für die Kofereiarbeiter durchgeführt hat. Im Gegenteil. Nur soll man doch nicht so tun, als wäre man nur allein da. In einer Zusammenkunft der Kofereiarbeiter von Zeche Prinz Regent hat ein Vertreter vom Bergarbeiterverband den Sachverhalt klargestellt und Aufklärung gegeben, indem nachgewiesen wurde, wer zuerst die Klage in dieser Streitfrage geführt und zum Siege verholfen hat. Wenn der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Duden, sich seiner Sache so sicher ist, warum verließ er dann in der Zusammenkunft der Kofereiarbeiter auf Prinz Regent die Versammlung? Oder hatte er Angst, seine Mitglieder wären zu früh hinter den Agitationsjournalen gekommen? Denn anders läßt sich nicht! Aber hat D. eingesehen, daß er bei den Kofereiarbeitern keine Vorbeeren ernten kann, weil diese genau wissen, wer ihre Interessen vertritt? Daß praktisch für die Kofereiarbeiter etwas geleistet worden ist, hat der Bergarbeiterverband bisher bewiesen und wird es weiterhin beweisen.

Die Arbeitszeitregelung der Sonnabendlichten im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Die Oberstaatsanwaltschaft für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat in der Sitzung vom 2. November (Streitfall 53) unter dem Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden, des Oberbergamts Diekmann, eine Entscheidung von erheblichem Werte für Betriebsräte und Belegschaften gefällt. Die Entscheidung ist eine grundlegende Anweisung über die Anwendung des Schiedsspruches vom 29. September 1925, „das Mehrarbeitsabkommen“ betreffend. In diesem Abkommen heißt es wörtlich:

1. In nicht durchlaufenden (einschichtigen) Betrieben endet die Sonnabend-Tagsschicht um 1 Uhr.
2. In zweischichtigen Tagebau- und Abraumbetrieben enden beide Sonnabendlichten grundsätzlich um 1 Uhr. Soll aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen die unverkürzte Schicht beibehalten werden, so bedarf es hierzu einer Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung.

Diese Bestimmungen sind insofern eine Vergünstigung für die Arbeiter, als ohne Zustimmung des Betriebsrats (Arbeitervert.) die Verkürzung von sich aus unter keinen Umständen die Arbeitszeit über 1 Uhr hinaus willkürlich verlängern darf.

Dieser Zustand behagte dem Dea-Konzern nicht, weil auf einer Grube der Gesellschaft der Betriebsrat die Notwendigkeit einer von der Direktion beantragten verlängerten Arbeitszeit nicht einseh und seine Zustimmung verweigerte. Er erklärte sich jedoch bereit, später nachfalls seine Zustimmung zu geben. Die Direktion wollte sich hilfslos an die Betriebsratsstelle mit dem Bescheide, die folgende Zustimmung des Betriebsrats durch eine Entscheidung dergestalt zu erlangen, daß bis auf weiteres grundsätzlich bis 5 1/2 Uhr gearbeitet werden müsse und daß an den Sonnabenden, an denen die Direktion die Anwesenheit für nicht erforderlich hält, um 1 Uhr Arbeit abgehört sein könne. Die Betriebsratsstelle war also dem Sinne des Schiedsspruches in das Gegenteil verkehrt. Die Betriebsratsstelle wies den Antrag zurück. Gegen dieses Spruch erhob das Werk Personal bei der Oberstaatsanwaltschaft in Halle, die nach Verhandlung des Streitfalles unter einem unparteiischen Vorsitzenden nunmehr auch die Berufung zurückgewiesen und den grundsätzlichen Streitfall endgültig entschieden hat.

Zum besseren Verständnis lassen wir die entscheidenden Stellen der wichtigen Begründung im Wortlaut folgen:

Unstreitig ist unter den Partnern, daß die Verkürzung der unverkürzten Schicht nicht an jedem Sonnabend erforderlich ist. Es hängt das im wesentlichen von der Witterung ab; es kommt darauf an, ob die für die Verkürzung der unverkürzten Schicht und Abschluß erforderliche Schicht in der verkürzten Schicht gefördert werden kann. Das läßt sich erst am frühen Vormittag des Sonnabends feststellen. Bevor die Regelung so getroffen, daß grundsätzlich um 1 Uhr Schichtablauf ist, daß aber an bestimmten Sonnabenden, an denen die unverkürzte Schicht beibehalten werden mußte, die Betriebsratsstelle ihre Zustimmung

gab und dementsprechend die Belegschaft zur längeren Arbeit verpflichtet war. Es ist nun unstrittig vorgekommen, daß ein Teil der Belegschaft trotz der Vereinbarung die Arbeit um 1 Uhr eingestellt hat. Um dies zu vermeiden, will die Betriebsleitung den umgekehrten Weg einschlagen und grundsätzlich die längere Schichtzeit eingeführt wissen, ausnahmsweise aber die Verkürzung gewähren, sofern die Betriebsverhältnisse es zulassen.

Gegenüber dem Wortlaut und Sinn des Schiedsspruches kann diese Regelung nicht zugelassen werden, denn es würde praktisch darauf hinauskommen, daß die Belegschaft an allen Sonnabenden eine Rechtspflicht zur Arbeit hätte und es dem guten Willen der Betriebsleitung überlassen bliebe, die verkürzte Schicht zu gewähren. Die Verkürzung der Schicht soll aber für die Belegschaft sichergestellt sein, soweit nicht die wirtschaftlichen oder technischen Gründe die Ausnahme erforderlich machen.

Da die Betriebsstelle nicht im voraus übersehen kann, wann und wie oft die Ausnahme notwendig sein wird, kann sie eine Entscheidung darüber, an welchem Tage die unverkürzte Schicht beizubehalten ist, nicht treffen, um so weniger, als die Betriebsvertretung ja anerkennt, daß mitunter die Notwendigkeit zur Beibehaltung der unverkürzten Schicht vorliegt und eine Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit an den vergangenen Sonnabenden bisher gar nicht bestanden hat. Es wird Sache der Betriebsvertretung sein, in den Fällen, in denen die Beibehaltung der unverkürzten Schicht notwendig ist und deshalb vereinbart wird, mit dafür zu sorgen, daß die Vereinbarung überall rechtzeitig bekannt wird, die Belegschaft ihrer Pflicht nachkommt und Störungen des Betriebes vermieden werden.

Es bleibt also bei den klaren Bestimmungen des Schiedsspruches. Um 1 Uhr ist an Sonnabenden Schichtschluß und länger gearbeitet werden darf nur mit Zustimmung des Betriebsrats. Lehnt der Betriebsrat begründet seine Zustimmung zur Arbeitszeitverlängerung ab, so können die Betriebsleitungen die Schiedsstellen zur Entscheidung anrufen. Ein Recht auf willkürliche Anordnung verlängerter Arbeitszeit haben die Betriebsleitungen in keinem Falle. Vorstehendes empfehlen wir der aufmerksamsten Beachtung der Betriebsräte und Belegschaften.

Unternehmerliche Gemütsathleten im Schieferbergbau.

Die Bergarbeiter in den abgelegenen Bergbaurevieren haben nicht nur einen harten Stand, um menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, sondern müssen auch erbitterte Kämpfe führen, um nicht um ihren sauer verdienten Lohn betrogen zu werden.

Von den vielen hier zwei Beispiele:

Im vorigen Winter wurde bei Caub a. Rh. die Schiefergrube Jordan in Betrieb genommen und 16 Arbeiter eingestellt. Als Grubenpächter und Betriebsleiter trat ein Herr Traud aus Wiesbaden auf, hinter dem eine Gesellschaft stand, der eine Anzahl Geschäftsleute aus Wiesbaden angehören sollen. Nach mehrmonatiger Beschäftigungszeit stellte die Grube die Zahlungen ein, darunter auch die Lohnzahlungen. Die auf der Grube vorhandenen Schieferbestände wurden inzwischen vom Knappschafts-

verein und von der Steuerbehörde für rückständige Steuern und Beiträge gepfändet. Dieser Pfändung schlossen sich auch die Arbeiter an. Eine angelegte Verteilung mußte jedoch aufgehoben werden, da inzwischen ein gewisser Karlebach, der zu der Gesellschaft, die sich zur Ausbeutung der Grube gebildet hatte, gehörte, einen Lieberungsvertrag zum Vorschein brachte, nach welchem die auf der Grube vorhandenen Mengen und der jeweilige Bestand an Schiefer ihm für eine angeblich verbürgte Schuld von 5000 Mk. als sein Eigentum übertragen worden seien. Ueber diese Affäre finden zurzeit gerichtliche Auseinandersetzungen statt, die sich noch lange hinziehen können. Die Arbeiter, welche durch lange Arbeitslosigkeit verarmt sind, laufen obendrein noch Gefahr, daß sie um ihren im Juni verdienten Lohn betrogen werden, da der Grubenpächter „standesgemäß“ eingerichtet und bei ihm nichts zu holen ist. Das Tollste ist, daß hier Schiefer übereignet wurde, der noch in tiefen Erdenschichten lagert und der erst durch schwere und gefährvolle Arbeit zu Tage gefördert werden muß. Diese Arbeit, die noch nicht bezahlt wurde, reklamiert Herr Traud als sein Eigentum und übereignet es einem anderen. Ob sich ein Richter findet, der diese Manipulationen als Betrug ansieht und entsprechend bewertet? Es hat sich herausgestellt, daß Karlebach und Genossen schon mehrmals auf diese Weise Arbeiter um Lohn und Brot betrogen haben.

Ein weiteres Beispiel: Die Grube Mühlberg bei Laurenburg a. L. die einem Westdeutschen Schieferkontor in Dagen angehört, zeichnete sich während der Inflationszeit durch Lohnzahlungen mit entwertetem Gelde besonders aus. Diese spät geleisteten Lohnzahlungen, die sich für die Grube während der damaligen Zeit so vorteilhaft auswirkten, scheinen dauernden Bestand auf der Grube zu haben, denn die Arbeiter müssen jetzt wochenlang auf ihren Lohn warten. Ein Zustand, der unerträglich ist, da die Arbeiter die Geschäftsleute um Kredit abtroteln müssen, um existieren zu können. So haben die Arbeiter am 3. November die Forderung für September, die am 10. Oktober, und den Abschlag für Oktober, der am 20. Oktober fällig war, noch nicht erhalten. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Grube sehr guten Absatz hatte und die Besteller erhebliche Anzahlungen bei Bestellung leisten mußten, andernfalls die Bestellung nicht ausgeführt wurde. Die zuständige Geschäftsstelle des Bergarbeiterverbandes wandte sich in einem höflich gehaltenen Schreiben an die Firma und eruchte um Einhaltung der vereinbarten Lohnzahlungstermine. Darauf wurde folgende Antwort gegeben:

„Ihr Schreiben vom 2. cr. haben wir erhalten und weisen hiermit eine Einmischung in unsere inneren Betriebsangelegenheiten entschieden zurück. Ihre Tätigkeit kann höchstens die Existenz unserer Arbeiterchaft gefährden. Weitere Zuschriften Ihrerseits werden ungelesen in den Papierkorb geworfen.“

Diese Gemütsathleten in Dagen sind um die Existenz der Arbeiter derart besorgt, daß sie ihnen während der Inflationszeit die Lohnzahlungen so geleistet haben, daß ein vierzehntägiger Lohn nicht einmal zu einem Brot reichte. Jetzt wollen sie Hungerlöhne in Höhe von 3 Mk. je Schicht zahlen, obwohl die Schieferpreise um 75 Prozent höher stehen als vor dem Kriege. Auf diesen Hungerlohn sollen die Arbeiter noch wochenlang warten und zusehen, wie der „Kuduck“ auf der Halde herumflattert, obwohl in Dagen Wälder gebaut werden. Das könnte diesen Herrschaften so passen! Vom Standpunkt dieser Gemütsathleten ist es zu verstehen, wenn sie den Bergarbeiterverband dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst, damit sie ungestört den Bergarbeitern das Jell über die Ohren ziehen können. Nur gemacht, unter den Bergarbeitern bildet sich eine Stimmung, die nur zu verständlich ist und die dahin zum Niedersink kommt, daß für derartige Unternehmer nur noch grüne und trockene Äste gut genug sind.

Fragen der Arbeiterversicherung.

„Kamerad“ Leopold macht Schule.

Leopold ist der Vorsitzende des Vereins der Bergbauunternehmer im Daller Bezirk. Wir führen ihn als Kamerader in Anführungsstrichen an, weil er selbst im Kreise seiner gelben Schmarober dies Wort mißbraucht.

Der zweifelhafte Ruhm, den „Kamerad“ Leopold mit seiner Bege gegen den Reichsknappschaftsverein erworben hat, läßt den Vorsitzenden des Niederlausitzer Bergbauvereins, Dr. Heubel, nicht ruhen. Um seinen Auftraggebern zu zeigen, daß er kein schlechterer Sachwalter ihrer Interessen als „Kamerad“ Leopold ist, erließ er ebenfalls wie L. an die Knappschaftsmitglieder des Niederlausitzer Bergbaues einen Mä. Der Zweck der Liebung ist bei demselben wie in D. Dr. Heubel versucht, die Bergarbeiter der Niederlausitz gegen den RKB aufzubekommen, um der ordnungsmäßigen Durchführung der Knappschaftsversicherung Schwierigkeiten zu bereiten und die Unhaltbarkeit des RKB zu beweisen.

Nach der Darstellung Heubels müßte jeder Bergmann der Niederlausitz annehmen, daß er in Zukunft 7 Mk. monatlich mehr für die Mitglieder anderer Knappschaftsvereine zu zahlen hätte. Das ist natürlich nicht wahr. Auch wenn der Godesberger Beschluß durchgeführt worden wäre, hätte ein Knappschaftsmitglied der Brandenburger Knappschaft noch nicht die Hälfte der 7 Mk., die Heubel anbietet, zahlen brauchen, trotzdem die Beiträge nicht ganz entwandert berechnet worden sind.

Kurzum: wenn die Brandenburger Knappschaft nur auf sich allein angewiesen wäre, würde sie von geizhalswegen gezwungen werden müssen, die Beiträge in der Höhe zu erheben, daß die durch ihre Zahlung erworbenen Ansprüche gesichert wären. Ist Dr. D. sich darüber klar geworden, wie hoch dann der Beitrag würde? Nun, wenn dies nicht der Fall sein sollte, so mag ihm die Sache hier erläutert werden. Nach dem Anwartschaftsverfahren hat die Brandenburger Knappschaft bisher einen Beitrag von 1,65 Mk. für den monatlichen Steigerungsbetrag von 15 Pf. erhoben. Der monatliche Steigerungsbetrag von 15 Pf. ergibt nach zehnjähriger Beitragsleistung eine Monatsrente von 3,75 Mk. Wenn die jetzige Rente der Brandenburger Knappschaft von 55 Mk. nach zehnjähriger Dienstzeit nach Steigerungsbeträgen berechnet würde, so müßte der monatliche Steigerungsbetrag 2,20 Mk. ausmachen. Dieser monatliche Steigerungsbetrag von 2,20 Mk. rund 14mal so hoch ist als der monatliche Steigerungsbetrag von 15 Pf. und für den monatlichen Steigerungsbetrag von 15 Pf. 1,65 Mk. als Monatsbeitrag nach dem Anwartschaftsverfahren zu erheben sind, so müßte der Monatsbeitrag für den monatlichen Steigerungsbetrag von 2,20 Mk. nach dem Anwartschaftsverfahren 11 x 1,65 Mk. = 18,10 Mk. betragen. Durch diesen Beitrag könnte jedoch der monatliche Steigerungsbetrag von 2,20 Mk. nur für die Monate gewährt werden, für die der Beitrag wirklich gezahlt worden ist, nicht aber für Beitragsmonate der schon vorhandenen Invaliden und der aktiven Mitglieder, für die in der Vergangenheit der hohe Beitrag nicht gezahlt wurde.

Noch wenn auch die Erhebung der Beiträge nicht nach dem Anwartschaftsverfahren, sondern nach dem Kapitalbedarfsverfahren stattfände, d. h. daß man die Beiträge nur in der Höhe erheben würde, daß sie genügen, um die Ansprüche der jeweils vorhandenen Rentenempfänger zu decken, so müßte der Beitrag mindestens in Höhe des jetzigen Betrages des Steigerungsbetrages festgesetzt werden. Bei einem monatlichen Steigerungsbetrag von 2,20 Mk. hätte er demnach 6 x 2,20 Mk. = 13,20 Mk. monatlich betragen. Dabei bestände immer noch für die aktiven Mitglieder die Gefahr, daß sie nicht bekommen könnten, wenn die Bergbauart des betrieblenden Arbeiters zurück- oder völlig einginge.

Wenn bisher in einzelnen Bezirksknappschaften der Beitrag zur Rentenkasse so gering war, so ist dies nur möglich gewesen, weil nicht der betreffende Bezirksknappschaftsverein für die erworbenen Ansprüche haften, sondern der gesamte RKB. Es ist deshalb nicht mehr zu recht, daß der RKB, der für die Schulden der Bezirksknappschaften mit geringen Beiträgen in Zukunft haften diese Bezirksknappschaften in der Gegenwart zur Deckung der Löhne, die ihm gegenwärtig angefallen sind, heranzieht. Es gibt nämlich nur einen rechtsfähigen und für die erworbenen Leistungen des Rententätigen haftenden Knappschaftsverein. Und das ist der Reichsknappschaftsverein.

Das wissen auch die Herren Leopold, Dr.-ing. h. c. Konrad Matfisch, Dr. Heubel und Genossen. Die Zeilen sind deshalb nicht geschrieben worden, um diese Art Gegner zu überzeugen, sondern um unseren Kameraden zu zeigen, wie die Herren auf ihre Kurzsichtigkeit rechnen und versuchen, sie mit falschen Darstellungen irrezuführen.

Zahlen, die zu denken geben, oder: wer hatte recht?

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Bergknappe“ in seiner Nr. 50 vom 12. Dez. eine Abhandlung, die sich mit den Lasten nach dem Reichsknappschaftsgesetz befaßt. In der Abhandlung wird nachgewiesen, daß die Beiträge zur Knappschaftspensionskasse 1924 doppelt so hoch waren, wie sie sein brauchten. Der „Bergknappe“ berichtet also über eine Sache, die auch von uns mehrmals behandelt worden ist. Mit den Ausführungen des „Bergknappen“ würden wir uns nicht weiter befassen, wenn er nicht kurz bemerkt haben würde, daß Dr. Jüngst zur Stützung seiner gegenteiligen Ansichten die „Bergarb.-Ztg.“ angeführt hätte. Bei denjenigen, die die „Bergarb.-Ztg.“ bezüglich dieser Frage nicht verfolgen konnten, muß demnach der Eindruck entstehen, als ob die „Bergarb.-Ztg.“ nicht der Ansicht gewesen wäre, daß im Jahre 1924 der Beitrag zu hoch gewesen sei. Das ist nämlich nicht der Fall.

Die erste Feststellung, daß der Beitrag zur Pensionskasse 1924 doppelt so hoch als notwendig war, ging vom Bergarbeiterverband aus. Zu Anfang dieses Jahres veröffentlichten wir eine spezialisierte Ausgabe der Arbeiterpensionskasse für die einzelnen Monate im Jahre 1924. Aus dieser Veröffentlichung ging hervor, daß die Ausgaben sich von Monat zu Monat erhöhten. Nach einer Erklärung der mutmaßlichen Ursachen dieser Erscheinung faßten wir unser Urteil wie folgt zusammen:

„Würde die Zahl der Invaliden sich nicht mehr wesentlich erhöhen, so kann die Arbeiterabteilung der Pensionskasse mit ihrem Beitrag von monatlich 10,50 Mk. für jede Seite auskommen. Wird die Streitfrage über die Steigerung der Dienstjahre über 25 zugunsten der Beruferten entschieden, so kann die angeblichliche Mehrausgabe, die sich hieraus ergibt, auf die Dauer dadurch ausgeglichen werden, daß die Zahl der Invaliden zurückgeht. Es ist zumindest dies anzunehmen. Daß der Beitrag von 10,50 Mk. zu hoch wäre und die Ruhrbergarbeiter ihn nicht zahlen wollten, das ist bisher in keiner Versammlung der Knappschaftsmitglieder ausgesprochen worden. Wohl hat man in den ersten Monaten gesagt, daß der Beitrag zu hoch sei und dies traf ja auch wirklich zu.“

Diese Stelle ist von Dr. Jüngst in der „Sozialen Praxis“ zitiert worden. Wir konnten Jüngst nicht hindern, dies zu tun. In unserer Beurteilung der Sachlage wurde dadurch nichts geändert. Wohl haben die günstigen Umstände, deren Eintreten wir in den Bereich der Möglichkeit zogen, sich nicht verwirklicht. Die Streitfrage der Steigerung der Rente über 25 Dienstjahre ist bis jetzt noch nicht endgültig geklärt. Die Zahl der Invaliden hatte sich deshalb 1925 noch wesentlich erhöht. Die Ausgaben der Pensionskasse lieg weiter von Monat zu Monat.

Als im Laufe des Sommers die Bergbauunternehmer die Stilllegungaktion begannen, verminderte sich die Zahl der Beitragszahler. Es kam der Zeitpunkt, wo die Einnahmen aus den laufenden Beiträgen nicht genigten, um die Leistungen decken zu können. Der Beitrag von 10,50 Mk. monatlich für jede Seite hätte erhöht werden müssen. Im Dezember müßte er 13 Mk. für jede Seite betragen.

Wenn er bisher nicht erhöht wurde, so ist dies dem Umstande zu danken, daß die Ruhrknappschaft von den im Jahre 1924 angefallenen Reserven eine geraume Zeit zehren kann. Das Bestreben der Unternehmer, das RKB dadurch zu sabotieren, daß bei ihrem Inkrafttreten der Beitrag zu hoch angelegt wurde, hat sich als ein Teil von jener Kraft erwiesen, die das Böse will und das Gute schafft. Die angesammelten Reserven ermöglichen uns, über die schlimmsten Monate ohne Beitragserhöhung hinwegzukommen. Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß die Bergarbeiter einen höheren Beitrag zur Pensionskasse nicht zahlen würden. Wenn die Notwendigkeit hierfür heranzieht, werden sie dies selbstverständlich tun.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Grubenunglück in Bayern.

Zu der staatlichen Kohlengrube Weissenberg in Oberbayern kamen am 5. Dezember bei der Bohrarbeit im Gestein mehrere Bergarbeiter auf einen nicht losgegangenen Schuß, der noch im Gestein steckte und dadurch zur Explosion gebracht wurde. Die Bergleute Anton K a r g, Eduard S z e p y und Josef B o g t l wurden fürchterlich verstümmelt tot, aufgefunden. Eine genaue Untersuchung an Ort und Stelle ist eingeleitet. Die drei Leichen wurden geborgen.

Weitere Grubenunglücke.

Auf der Zeche de W e n d e l in Wiescherhöfen explodierte am 7. Dezember ein seit mehreren Tagen außer Betrieb befindlicher Gashöhler. Zwei auf dem Hüter mit Reparaturarbeiten beschäftigte Schlosser stürzten ca. 20 Meter in die Tiefe, wo sie den Tod fanden. Ein dritter Arbeiter wurde erheblich verletzt. Die Entstehungsurache der Explosion ist ungeklärt, zumal der Hüter seit mehreren Tagen außer Betrieb und der Defekt abgenommen war, so daß noch vorhandene Gase nach oben hätten entweichen können.

Vorige Woche wurde auf Grube J o h a n n D e i m e l s b e r g in Steele ein Kamerad verschüttet. Unter den größten Schwierigkeiten gelang es, nach 24 Stunden den Verschütteten lebend ans Tageslicht zu bringen. An den erhaltenen schweren inneren Verletzungen ist der Unglückliche am 8. Dezember im Krankenhause in Steele gestorben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Alle Mann an Bord!

Die Geschäftsstelle S a m b o r n hat innerhalb zweier Monate 804 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Die Neuaufnahmen verteilen sich auf folgende Zahlstellen: Albernade 19, Beck I 29, Beck II 31, Samborn I 98, Samborn II 67, Obermarxloh 80, Marxloh I 22, Marxloh II 44, Marxloh III 33, Schmidtthorst 217, Behofen 92, Dinslaken 8, Lohberg 64, zusammen 804.

Dieser Erfolg war das Werk der Hausagitation der Verbandsfunktionäre und einiger weniger Mitglieder. Welcher Erfolg würde wohl zu verzeichnen gewesen sein, wenn sich sämtliche Verbandsmitglieder an der Hausagitation beteiligt hätten. Jedes Verbandsmitglied muß es sich zur Pflicht machen, nicht nur allein stilles Mitglied zu sein, sondern muß dem Verband auch Mitglieder werben. Wenn jeder sich zur Aufgabe macht, in nächster Zeit dem Verbandsmitglied ein neues Mitglied zuzuführen, so werden sich die Neuaufnahmen um das drei- bis vierfache erhöhen. Nur so wird schnellstens ein Volkwerk geschaffen, das den Annahmen des Rechenunternehmens der Bergarbeiter gegenüber halt gebietet. Die Wirtschaftskrise auszunutzen, gehen die Grubenbarone mit immer schärferen Maßnahmen gegen die Erwerbslosen der Bergarbeiter vor, um sie wieder zu befeitigen. Kameraden, die Zeit drängt! Deshalb alle Mann an Bord!

Klärung der Arbeitstammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets.

Im Sitzungssaal der Gesellschaft „Erholung“ zu Essen tagte am 11. Dezember die Arbeitstammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets. Auf der Tagesordnung standen: 1. Genehmigung des Haushaltsplanes für das kommende Geschäftsjahr 1926. 2. Stellungnahme zu dem Entwurf eines Gesetzes über Abänderung des Reichsknappschaftsgesetzes. 3. Stellungnahme zu dem Regierungsentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde der vorgelegte Haushaltsplan nach dem Entwurf des Rechnungsausschusses einstimmig angenommen. Zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung lagen der Klärung die von den beiden Gruppen (Arbeiter und Angestellte) zu den beiden Gesetzesentwürfen ausgearbeiteten Gutachten zur endgültigen Beschlussfassung vor.

Nachdem die Arbeitgebergruppe die Erläuterung abgegeben hatte, daß sie von ihrer Seite aus keine Veranlassung habe, zu den vorliegenden Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen, weil die Arbeitstammer offiziell von keiner Behörde zur Abgabe eines Gutachtens aufgefordert worden sei, wurden die beiden Beratungsgutachten verordnungsgemäß an die beiden Gruppen der Arbeiter und Angestellten zur geordneten Beschlussfassung überwiesen. Die beiden Gruppen erklärten sich auch heute noch für die Beibehaltung ihrer vorgelegten Gutachten und beschloßen, dieselben nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften zu übermitteln.

Das Gutachten der Arbeitergruppe zum Reichsknappschaftsgesetz haben wir bereits veröffentlicht, während wir das Gutachten über den Regierungsentwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes in unserer nächsten Nummer zur Kenntnis unserer Leser bringen werden.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Lohnschiedspruch für den sächsischen Steintohlenbergbau.

Die Lohnverhandlungen im sächsischen Steintohlenbergbau am 3. Dezember führten zu keinem Ergebnis. Die am Tarifvertrag beteiligten Arbeiterorganisationen riefen deshalb zur Schlichtung der Streitigkeit das sächsische Arbeitsministerium an. Unter Vorsitz des sächsischen Schlichters, Herrn Oberregierungsrat B r a n d, verhandelten die Parteien nochmals am 3. Dezember in Dresden im Arbeitsministerium. Die Verhandlungen wurden schließlich am den 5. Dezember vertagt. Die am 5. Dezember in Zwickau fortgesetzten Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Der Schlichter fällt deshalb folgenden Schiedspruch:

„Die Lohnordnung für den sächsischen Steintohlenbergbau, Anlage zum Tarifvertrag vom 1. August 1921, gültig ab 1. September 1925, erhält unter II. Zusatzlohn

a) unter Tage folgende Festsetzung:
Die Mindestlohnprocente, auf den Grundlohn berechnet, betragen bei Durchschnittsleistung 66 Prozent.

Der Mindestlohn (Lohnstufe I) beträgt also je Schicht 5,56 RM. Der Lohn der Polthauer soll bei normaler Leistung im Durchschnitt des gesamten Tarifgebietes 6,51 RM. betragen. Alle übrigen Bestimmungen der Lohnordnung bleiben unverändert.

Obige Regelung tritt mit dem 1. Dezember in Kraft und behält Gültigkeit bis zum 31. März 1926 und ist erstmalig am 1. April mit einer einmonatigen Frist zum Schluß des Monats kündbar.

Die Parteien haben sich bis Dienstag, den 8. Dezember, abends 6 Uhr, gegenseitig und auch dem Schlichter gegenüber über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches zu erklären.

Eine am gleichen Tage abgehaltene Konferenz des Bergarbeiterverbandes beauftragte die Bezirksleitung, die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zu treffen. Ueber die Konferenz der Funktionäre in Zwickau

wird uns folgender Bericht gegeben: Den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen erstatteten der Kamerad W e b e r von der Bezirksleitung und H a l k e vom Hauptvorstand. Aus ihren Ausführungen war zu entnehmen, daß der Schlichter Brand unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, entgegen den Ausführungen der Unternehmerbeiräte in der Schlichterkammer, gewillt war, den Forderungen der Bergarbeiter Rechnung zu tragen. Die sich hieran entwickelnde Debatte war äußerst reger und sachlich. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß die ablehnende Haltung der Unternehmer zur Lohnverhöhung nicht allein nur in der Wirtschaftlichkeit der Werke begründet sei. Wiederholt sei von Unternehmerseite versichert worden, daß bei gegebener Situation vor allem bei einem Arbeiterangebot, die Aufwärts-

entwicklung der Löhne, besonders jede tarifliche Erhöhung der Löhne, unterbleiben müsse. Die gegenwärtige Not der Industrie- und Bergarbeiter, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hervorgerufen worden ist, bestärkt nach Meinung aller Funktionäre die Unternehmer in ihrer Handlungsweise. Auf einzelnen Schachtanlagen können täglich Dutzende von Arbeitsuchenden abgewiesen werden.

Ueber Ablehnung oder Annahme des Schiedspruches war die Meinung in der Konferenz geteilt. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, die Entscheidung der Bezirksleitung und dem Hauptvorstand zu überlassen. Weitere Verhandlungen sollen angebahnt werden, damit nach Möglichkeit die Frist vertützt werden kann. Nach Kenntnisnahme der Stellungnahme der Arbeiter in den übrigen Tarifgebieten, Lugau-Deisnitz und Freital, wird der Schiedspruch angenommen oder abgelehnt werden.

Allgemein wurde bebauert, daß gerade die am schlechtesten bezahlte Gruppe (Tagesarbeiter), außer Facharbeitern, die geringe Erhöhung des Lohnes, die kaum 20 Pf. je Schicht beträgt, nicht mit erhalten können. Fast allseitig wurde betont, um den Rechtsanspruch dieser Erhöhung des Mindestlohnanspruches von 6 Prozent für Grubenarbeiter zu sichern, sei die Annahme des Schiedspruches zu raten. Mit diesem Schiedspruch ist den Arbeitern in der Grube nur eine geringe Lohnverhöhung auf einzelnen Schachtanlagen geschaffen. Mit wenig Ausnahmen wird im Zwickauer Revier für solche Grubenarbeiter bei Reparatur oder Kohlen-gewinnung eine Erhöhung des Lohnes eintreten, so für Arbeiter nur die Mindestprocente (bisher 60 Prozent Zusatzlohn) gezahlt wurden, oder im Bedinge der Mindestlohn nicht erreicht werden konnte.

Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, der die Bezirksleitung beauftragt, sofort Schritte zu unternehmen, daß der Zugang auswärtiger Arbeiter in das hiesige Kohlenrevier unter-lagt wird. Ueber 2000 männliche Arbeitslose sind allein in der Stadt Zwickau vorhanden, und unbeschadet dessen kommen noch immer neue Trupps Arbeiter ins Revier, die mitunter alles andere, nur nicht Bergarbeiter, oder gar Bauer sind. Geradezu untragbare Zustände haben sich seit der Umverlegung auswärtiger Arbeiter im Arbeiterheim des Ostab herausgebildet. Ausnutzung der Krankenversicherung und Geschlechtskrankheiten sind keine Seltenheiten. Es besteht die Gefahr, daß sogar die gesunden Bergarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden können. Die Krankenziffer im Bergarbeiterheim des Ostab beträgt etwa 13 Prozent der ca. 10000 Insassen, während die Krankenziffer der übrigen Arbeitererschaft erfreulicherweise zurzeit nur etwa 4 Proz. beträgt.

Die Bezirksleitung wird sofort Schritte unternehmen, um die Behörden sowie die sächsische Knappschaft von diesen Zuständen zu unterrichten und baldige Abhilfe zu verlangen.

Einstimmig wurde beschlossen, im Januar eine erweiterte Betriebs- und Hausagitation vorzunehmen, die unorganisierten Bergarbeiter auf die Gefahren hinzuweisen, die bestehen bleiben werden, wenn schwache Arbeiterorganisationen starren Unternehmerorganisationen gegenüberstehen. Alle unorganisierten Arbeiter werden aufgefordert, sich dem Bergarbeiterverband reiflos anzuschließen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Abluß der Lohnverhandlungen im niederschlesischen Steintohlenbergbau.

In der Vereinbarung vom 18. Oktober 1925, welche unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten getroffen wurde, war festgelegt, daß die Festlegung der Löhne für den November Verhandlungen vorbehalten bleibt, die bis spätestens Ablauf November zum Abschluß zu bringen sind. Es mußte deshalb von vornherein Wert darauf gelegt werden, die Verhandlungen zu beschleunigen. Die ersten Verhandlungen fanden am 2. November statt. Dieselben führten zu keinem Resultat, so daß der Schlichter von den Arbeiterorganisationen angerufen werden mußte. Unter dessen Vorsitz fanden am 16. November Schlichtungsverhandlungen statt. Bei diesen Verhandlungen stellten die Unternehmer Gegenforderungen. Sie forderten für das Revier einen Abbau der Löhne um 5 Prozent, für die Randzechen um 7 Prozent gegenüber den Augustlöhnen. Nach langwierigen Verhandlungen wurde folgender Schiedspruch gefällt:

„Die Löhne aller Gruppen werden ab 1. November 1925 um 7 Prozent erhöht. Als Basis gelten dabei die tatsächlichen Durchschnittsverdienste des Monats August 1925 der einzelnen Arbeitergruppe. Jeder Arbeiter erhält den so errechneten Zuschlag seiner Gruppe.“

Dieser Schiedspruch wurde von den Arbeiterorganisationen angenommen, von den Unternehmern sofort abgelehnt. Die Arbeiterorganisationen beantragten hierauf die Verbindlichkeits-erklärung.

Nachmalige Einigungsverhandlungen, welche der Verbindlichkeitsklärung vorausgehen mußten, fanden am 26. November unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Dr. C l a s e n statt. Derselbe war von vornherein bemüht, eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen, um eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches zu vermeiden. Diese Absicht gelang ihm nicht. Was ihm gelang, war, daß die Verhandlungen vertagt wurden, um im Revier noch einmal zu versuchen, eine Verständigung zu erzielen. Diese Verhandlungen fanden am 30. Nov. hier im Revier statt. Wie vorauszu sehen war, führten auch diese zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer erklärten, unter keinen Umständen über die Mehrbelastung von September und Oktober hinauszugeben. Diese Mehrbelastung habe für diese beiden Monate je 130 000 RM. betragen. Das konnte für die Arbeiterorganisationen teils-Verhandlungsbasis darstellen, so daß die Verhandlungen abermals als ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Nunmehr wurde der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung darüber fortgesetzt, mit dem Ergebnis, daß die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedspruches vom 16. Nov. abgelehnt wurde. Der Reichsarbeitsminister machte von der Befugnis des § 12 Abs. 3 der zweiten Ausführungsverordnung zur Schlichtungs-verordnung vom 29. Dezember 1923 Gebrauch und leitete sofort ein neues Schlichtungsverfahren unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. C l a s e n ein. Derselbe fällt gegen die Stimmen beider Parteien folgenden Schiedspruch:

„1. Die für die Monate September und Oktober 1925 auf Grund der Ziffer 2 der Vereinbarung vom 18. Oktober 1925 gezahlte feste Zulage beträgt ab 1. Nov. 1925 im Durchschnitt 15,4 Reichspfennige je Mann und Schicht. Diese Zulage ist an jeden einzelnen Arbeiter in dieser Höhe zu zahlen, falls nicht die Parteien eine andere Verteilung vereinbaren.
Eine Anrechnung dieser festen Zulagen auf bisher gezahlte Prämien oder Zulagen anderer Art ist unzulässig.
2. Diese Regelung gilt bis auf weiteres, sie kann frühestens zum 2. Februar 1926 geändert werden.
3. Die Parteien wollen sich umgehend über die Annahme des Schiedspruches erklären.“

Dr. C l a s e n. Protokollnotiz: Dem Schlichter erscheint es zweckmäßig, die Lohnordnung den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen. Es wird daher den Parteien empfohlen, hierüber in Verhandlungen einzutreten. Durch die Umgestaltung der Lohnordnung sollen den Werken keine Mehrkosten entstehen.“

Der Regierungsrat Dr. C l a s e n legte dem Schiedspruch eine Summe von 120 000 RM. im Monat als Mehrbelastung zugrunde, das sind genau 7000 RM. mehr als in den Monaten September und Oktober. Er war nicht zu bewegen, über diese Summe hinauszuweichen, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Bruchteil von Fennigen, wie in dem Schiedspruch angegeben, herauskommt. Eigenartig ist, daß dieser Schiedspruch, der von beiden Parteien sofort nach den Schlichtungsverhandlungen abgelehnt wurde, noch an demselben Tage vom Reichsarbeitsminister von Amts wegen verbindlich erklärt wurde. Noch ehe die Organisationen in der Lage waren, zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen, war

die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Damit ist auch jeder Lohnkampf vorläufig als beendet zu betrachten.

Die Funktionäre der freien Gewerkschaften nahmen in einer Revierkonferenz am 8. Dezember zu diesem Schiedspruch Stellung. Nach dem Bericht des Revierleiters S o f f m a n n wurden von allen Rednern scharf zum Ausdruck gebracht, daß die Lohnverhöhung eine durchaus unbefriedigende sei. Dieselbe sei ungeeignet, dem Elend im niederschlesischen Revier auch nur einigmaßen abzuhelfen.

Scharf wurde das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums kritisiert. Dasselbe sei sehr schnell bei der Hand, wenn es sich um Schiedsprüche für verbindlich zu erklären, wenn es sich um Verlängerung der Arbeitszeit oder sonstige Verschlechterungen handelt. Dasselbe Ministerium zögert dagegen sehr lange oder erklärt den Schiedspruch überhaupt nicht für verbindlich, wenn irgend ein Schlichter einen Schiedspruch fällt, welcher den Arbeitern eine einigermaßen tragbare Lohnverhöhung zuzuschreiben würde. Scharf kritisiert, daß sich das Reichsarbeitsministerium bei der Bemessung der Lohnhöhe auf die Revisionsberichte im Reichswirtschaftsministerium verläßt. Die Funktionäre waren nach wie vor der Ansicht, daß diese Revisionsberichte kein richtiges Bild wiedergeben. Nach einem kurzen Schlußwort des Kameraden S o f f m a n n wurde folgende eingetragene Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung.

„Die am 8. Dezember 1925 im Gasthof „Zum Beyer“ Ober-Waldenburg tagende Revierkonferenz der Betriebs- und Vertrauensleute der freien Gewerkschaften im niederschlesischen Bergbau nimmt Kenntnis von der vollständig unzureichenden Lohnverhöhung von 15,4 Pf. je Schicht. Sie protestiert dagegen, daß das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch vom 16. November 1925 nicht für verbindlich erklärt hat. Die Konferenz stellt fest, daß das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen sehr schnell bei der Hand war, wenn solche Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse enthielten.“

Die Konferenz protestiert weiter dagegen, daß das Reichsarbeitsministerium bei Bemessung der Lohnhöhe nur die wirtschaftlichen Verhältnisse der Werke berücksichtigt, während die nachgewiesene Notlage der Arbeitererschaft unberücksichtigt läßt. — Die Konferenz erkennt an, daß die Organisation alles getan haben, was in ihren Kräften steht, um die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter zu bessern. Wenn der Erfolg so gering ist, so tragen diejenigen die Schuld, welche durch Fernbleiben von den Organisationen die Position der Unternehmer stärken.

Die Konferenzteilnehmer richten nochmals den Appell an die Unorganisierten, den Organisationen beizutreten, um weitere Kämpfe erfolgreicher führen zu können.“

Damit ist dieser Lohnkampf als beendet zu betrachten. Von den Unorganisierten wird es liegen, ob sie weiter ein Gemischt- oder dem kulturellen Aufstieg der niederschlesischen Bergarbeiter-schaft sein wollen. Wollen sie das nicht, dann sollen sie sich endlich aufrufen, um Schulter an Schulter mit den organisierten Kameraden für die Verbesserung der Lebenshaltung zu kämpfen.

Saargebiet.

Lohnunterschiede im Saarbergbau.

Der abwärtsgleitende Kurs des Frankens wirkt sich im Saar- gebiet, das zu einem großen Teil auf Einfuhr aus dem Ausland angewiesen ist, sehr verhängnisvoll auf die Lebenshaltung der Saarbergleute aus. Die Löhne der Bergarbeiter im Saargebiet betragen im Vergleich der wichtigsten deutschen Bergbaugebiete nach der Ermittlung des Oberbergamts im Saargebiet, sowie des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, im 2. Vierteljahr 1925 Dauerlohn einschließlich Sozialzulage: Ruhrgebiet 8,01 Mk., Oberschlesien 7,35 Mk., Aachen 7,35 Mk., Saargebiet 6,41 Mk. (1,80 Fr.) 30,78 Fr. = 6,41 Mk.

Der Lohn der Bauer des Saargebietes, welcher im 2. Vierteljahr 30,78 Fr. oder 6,41 Mk. betrug, hat sich im 3. Vierteljahr ab 1. August um 1,35 Fr. erhöht, wurde demgemäß zurzeit 32,13 Franken betragen. Anfang November (1 Mk. = 5,90 Fr.) betrug der Dauerlohn 5,41 Mk. gegenüber 6,41 Mk. im 2. Vierteljahr. Der Dauerlohn ist trotz Lohnverhöhung ab 1. August um 1 Mk. gesunken und ist um 2,57 Mk. geringer als im Ruhrgebiet.

Die Bergarbeiterorganisationen stellten bei der Generaldirektion der Saargruben den Antrag, die Löhne an den Frankenskurz und die herrschende Teuerung anzupassen. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten, de M o n z i e, war kürzlich in Saarbrücken, um die Verhältnisse auf den Saargruben zu prüfen. Bei einer Audienz, die die Bergarbeiterführer wegen ihrer Lohnforderungen mit ihm hatten, erklärte de Monzie, Frankreich sei zurzeit nicht in der Lage, die Löhne zu erhöhen. In Zukunft sei er dagegen nicht abgeneigt, die Löhne jeweils an der Teuerungsverhältnissen zu prüfen. Von diesem vagen Versprechen werden die Saarbergleute wenig erwarten können. Der Preis für die nach Deutschland gelieferten Saarlohlen beträgt pro Tonne 15 Mk. Bei dem Frankenskurz der letzten Monate waren das 12 Franken die Tonne, während infolge des Frankenskurzes der beiden letzten Wochen (1 Mk. = 6,20 Fr.) 90 Mk. beträgt. Dieser Verlust von 15 Fr. pro Tonne bringt der Grubenverwaltung ein monatliche Mehreinnahme von 3 Millionen Franken. de Monzie hat den Bergarbeiterführern Verhandlungen in Aussicht gestellt, die nächsten in Paris stattfinden sollen. Die 75 000 Saarbergleute mit der gesamten übrigen Arbeitererschaft bereiten sich auf eine Lohnkampagne vor.

Verichtigung. In unserer letzten Nummer wurden in dem Artikel: „Zum Vertrags- und Rechtsbruch im Ruhrgebiet“ auf der sechsten Seite im dritten Absatz die siebente und achte Seite bei der technischen Darstellung verwechselt. Es muß richtig heißen: Die Anrufung des Schlichtungs-ausschusses kann von beiden Seiten erfolgen. Wird der Schlichtungs-ausschluß weder von der einen noch von der anderen Partei an-gesucht...

Schweres Grubenunglück in Amerika.

68 Tote.

Auf der Zeche Dubertom bei Birmingham in Alabama (Ver-einigte Staaten von Nordamerika) hat sich, wie die Blätter melden, ein schweres Schlagwetterunglück ereignet. Nach den letzten Mitteilungen sind 68 Bergleute umgekommen. Die Bergung der Opfer ist ungemein schwierig, da der einzige Eingang zum Schacht durch Feuer bedroht ist.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 51. Woche (vom 13. bis 19. Dezember) fällig. Wir bitten um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bücherrevision.

Kamen III. Vom 15.—31. Dez. — Vortrop I. Vom 1.—15. Jan.

Bibliothek.

Harpen. Die Bibliotheksbücher müssen bis zum 20. Dezember wegen der Jahresrevision zurückgegeben werden.

Knappschaftsältestenkommission Bochum.

Sonntag, den 20. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Bergarbeiterheim, Biemelshauer Straße 32—42: Kommissionssitzung.

Der Jungfamerad

Weihnacht 1925.

Wieder naht sich uns das Weihnachtsfest mit seiner glückverheißenden Botschaft: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen! Viele Jahrhunderte schon verkündet man diese Festbotschaft, und ob wir auch heute diesen Worten mit Bitternis, Verachtung oder wahrem Empfinden begegnen — eines bleibt daran immer wahr: in jedem Menschenherz schlummert die Sehnsucht nach Erfüllung, nach Frieden und Wohlgefallen. Denn auch diejenigen, die diese Weihnachtsworte aus Gram und Verachtung verneinen, tun es nur deshalb, weil die Botschaft nur Botschaft und nicht Wirklichkeit ist.

Nicht übertriebener künstlicher Haß, sondern die nackte Wirklichkeit läßt uns auch 1925 anders empfinden, als die Weihnachtsworte uns verkündet. Statt eines strahlenden Weihnachtsbaums und festlicher Freude zeigt sich auch in diesem Jahre Hunderttausenden freudelose Finsternis und das Gepeinigt des Hungers. Nach Hunderttausenden zählt allein das Heer der Arbeitslosen, die nicht aus Sorge um Lebensgenuß, sondern aus Sorge um Arbeit niedergedrückt dahinschreiten. In den Hütten von Millionen Armen ist auch diesmal nicht die Freude, sondern die Sorge zu Hause. Aus Millionen Proletariatsaugen leuchtet keine ungetriebene Freude, sondern blickt Rot und Jammer. In Spitälern und Lazaretten winden sich Tausende in qualvollen Schmerzen als Opfer der Arbeit.

Ein großes Heer von kranken, siechen Proletariern, Witwen und Waisen bangt um die ärmliche Lebensnotdurft. Tausenden und aber tausenden Familien in den Industrielandern und Großstädten sehen sich eingezwängt in düstere, unfreundliche Mietskasernen, jeder natürlichen Lebensfreude beraubt. Aber auch die Proletariatsfamilien, die sich einer Erwerbsquelle erfreuen können, geben sich keiner ungetriebenen Feststimmung hin. Gram in grau malt auch ihnen täglich die Alltagsnot und das soziale Elend unserer Zeit Bilder, die zeigen, daß es für alle kein rechtes Wohlgefallen gibt.

Dieses Wohlgefallen gibt es nur für eine kleine Schicht unseres Volkes. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat das Wohlgefallen für breite Volksmassen zerstört. Ungezählte Sorgen und Nöte begleiten das Proletariatskind von der Wiege bis zum Grabe. Freude und Lebensglück leuchten ihm nur in einzelnen Strahlen. Auf der Arbeit ruht nicht mehr ein beglückender Segen, sondern kaltherziger Profitgeist ist Herrscher geworden. Von Glück und Frieden ist in unserer Zeit wenig zu verspüren. Ueber die Not und das Elend unserer Zeit täuschen nicht Worte und fromme Wünsche hinweg.

Statt Wohlgefallen herrscht Mißfallen, statt Friede zeigt sich allseitig ein harter Kampf. Kein strahlender Kerzenschein erfreut die Augen und erwärmt die Herzen vieler Proletarier.

Dieser Zustand wird so lange dauern, bis diese Weltordnung durch eine höhere bessere Form ersetzt wird. Hören wir deshalb, was uns der Arbeiterdichter sagt:

Friede sei auf Erden, Friede — aber kämpfen muß die Kraft, Bis das Recht sich eine Stätte unter jedem Sterne schafft, Bis der letzte Ton des Stammers, mit der Freude schon vermischt, Vor dem Siegesgong der Zeiten sterbend fällt und ganz erlischt. Laßt die Herzen heller brennen; Düst um grünen Tannenbaum Wehe in die Menschenherzen von der Zukunft einen Traum, Einen Traum, der nicht in grauen Nebelräumen sich verliert, Einen Traum, den uns des Lebens frische Wirklichkeit gebiert. Seht ihm Raum, ihr Pharisäer, jenem Geist, der aufwärts strebt, Daß aus Sklaven und aus Knechten sich ein freies Geschlecht erhebt!

Sammelt euch!

Überall in deutschen Landen erschallt der Ruf nach Jugendchutz und -recht. Fast die ganze Jugendbewegung unterstützt diesen Ruf und erhebt Forderungen. Sollen wir da als Bergarbeiterjugend beiseite stehen? Oder müssen wir nicht am lautesten unsere Stimme erheben, um Erleichterungen der sozialen Lage der jungen Bergarbeiter zu verlangen? Mühen nicht die Jugendlichen im Bergbau am meisten unter diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das nur eine möglichst hohe Profitrate als sein höchstes Ziel ansetzt, leiden?

Jungfameraden! Seht euch um und studiert die Gesichter und die Körper der jungen Bergarbeiter, die im Mansfelder Bergbau schon vom 14. Lebensjahre ab, in anderen Bezirken mit 16 Jahren in den Schacht fahren. Was seht ihr an den Gesichtern dieser Kameraden, was seht ihr in ihren Augen? Schwächliche, ausgezeherte Körper, trostlos bläuliche Augen und schlaffe, bleiche Gesichtszüge sind die unersüßlichen Zeichen einer dahinsinkenden Jugend. Ohne jede Lebens- und Arbeitsfreude scheppen sie morgens ihr müdes Körper zum Schacht, um dem Hungergepenne der Arbeitstätigkeit zu erliegen, solange bis der Körper den Dienst verläßt. Sollen wir zusehen, wie für Tausenden von Jugendlichen die Möglichkeit der Ausübung ihres Körpers, ihrer geistigen Anlagen genommen wird? Nein und abermals nein! Auch wir jungen Bergarbeiter haben ein Recht auf die Güter der Kultur. Auch wir beanspruchen genügend Freizeit und Urlaub zu unserer geistigen Fortentwicklung.

Gibt es nun einen Weg, um diese Forderungen zu verwirklichen? Ja, es gibt einen Weg zu diesem Ziel, und zwar durch eine gut ausgearbeitete Organisation! Hat nicht die Organisation jahrelang dafür gekämpft und gekämpft, daß die Kinderarbeit im Bergbau abgeschafft, daß der Schichtendienst unter Tage befristet und besondere Arbeitsverhältnisse geschaffen wurden? Haben wir Tarifverträge, Betriebsratsgesetz und Urlaub für die älteren Arbeiter nicht nur durch die Organisation bekommen? Wer von den Deutschen und Belgiern will behaupten, die gewerkschaftlichen Organisationen hätten keine Erfolge gezeitigt? Sehen wir deshalb an die Arbeit, schaffen wir eine geschlossene organisierte Macht der jungen und alten Bergarbeiter. Wechen wir die alten Kameraden an unsere Wünsche anzuwerfen, um dann gemeinsam mit ihnen unsere Forderungen der Bewirtschaftung entgegenzusetzen. Auf diesem Wege nur ist es uns möglich, eine Besserung unserer sozialen Lage herbeizuführen.

Wenn die Sirene nicht ruft!

Immer... frühmorgens schon, reißt mich aus Traum und Schlaf der Sirene heulender Ton. Immer... Nur einmal in der Woche, am Sonntag, am Ruhetag, wann Seil und Rad auf dem Zechenfördertrum rastend stille liegt, wann aus den Schloten schwarzgleißender Rauchwurm nicht mehr landeinwärts kriecht, schweigt sie still. Doch wachend, schau ich auch an diesem Tag dem Morgen in das Angesicht; denn der Gewohnheit fesselschwerer Zwang klirrt rasselnd mit der Kette. Und im Erwachen träum' ich dann, träume mit offenen Augen von besseren Zeiten: wo wir mit Lust zur Arbeit gehn, wo Rad und Seil sich flottes drehn, weil das Werk, von Knechtschaft befreit, nur steht im Dienst der Menschlichkeit, weil frei die Arbeit, frei wir selbst... Chr. Kopp.

Jeder, der von der umfassenden Idee einer gewerkschaftlichen Solidarität aller arbeitenden Menschen durchdrungen und von der Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation überzeugt ist, muß für diese Idee werben bei den Jugendlichen, die uns heute noch feindlich, teilnahmslos gegenüberstehen. Wolfram.

Das Ziel der Gewerkschaften.

Von einem Jungfameraden wird uns geschrieben: Seitdem die Menschen ihr Nomadenleben aufgaben und sich eine feste Wiege schufen, haben sie Unendliches geleistet. Unter zahllosen Mühen und Gefahren, unter schwerer, aufopferungsvoller Arbeit gelang es ihnen weitgehend, sich die Erde untertänig zu machen. Wo früher Sumpf und Urwald die Erdoberfläche bedeckte, sehen wir heute fruchtbare Ackerfelder, große Städte, Fabriken und Bergwerke, die der Erhaltung der Menschheit dienen. Der schaffende menschliche Geist entzifferte die Geheimnisse der Natur. Dampf und Elektrizität wurden in den Dienst der Menschheit gestellt. Neben einer großartigen Produktionstechnik wurden dadurch der weltwirtschaftliche Handel und Verkehr gefördert. All die Errungenschaften einer vieltausendjährigen Entwicklung wurden aber nur möglich durch rastlose menschliche Arbeit.

Die Arbeit steht demnach im Mittelpunkt unseres Daseins. Demnach müßte man auch annehmen, daß die Arbeit am meisten geachtet und bewertet würde. Das ist leider nicht der Fall. So wurde z. B. die Arbeit im Altertum fast nur von Sklaven verrichtet. In späteren Zeiten sehen wir Leibeigene und Hörige als schaffende Kulturträger. Auch heute ist es noch nicht so, wie es gerechterweise sein müßte. Der moderne Industriearbeiter verschleißt auch heute seine besten Lebenskräfte bei seiner Arbeit und kennt von den Freuden des Lebens herzlich wenig. In den meisten Fällen führt er ein Leben der Entbehrung und verfügt oft nicht einmal über den notwendigen Gesundheits- und Lebensschutz.

Die kapitalistische Entwicklung verschaffte in der heutigen Wirtschaftsordnung wenigen Menschen ein reiches Vermögen über Fabriken, Grund und andere Produktionsmittel. Dadurch entstanden scharfe trennende soziale Gegensätze. Reizende und Besitzlose traten sich als gesellschaftliche Machtgruppen gegenüber. Anfanglich sahen sich die Unternehmer als unumschränkte Herrscher und Patriarchen. Die Arbeiter sollten sich bedingungslos dem Unternehmen unterwerfen. Sie waren gewissermaßen nur das notwendige Mittel, um die Maschinen in Gang zu halten, um Werte zu schaffen.

Von einer Beseitigung dieser Vorrechte und des unumschränkten Herrschaftsanspruches wollten die Besitzenden anfänglich überhaupt nichts wissen und bekämpften deshalb die gewerkschaftlichen Bestrebungen aufs härteste. Aber die Arbeiter wollten nicht nur ein billiges Mittel sein, sondern verlangten natürliche Lebensrechte. Die Abschaffung der wirtschaftlichen Vorrechte und die Forderung nach Gleichberechtigung und Wertschätzung im Wirtschaftsleben führte zum gewerkschaftlichen Kampfe. Das Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit ist deshalb, das Unrecht unserer heutigen Wirtschaftsverfassung zu überwinden und einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Nicht als Unterdrückter und Unterdrückte sollen sich die Menschen mehr gegenüberstehen, sondern als ein gleichberechtigtes Geschlecht. In diesem Sinne ist auch das prophetische Wort von Karl Marx zu verstehen, wenn er sagt: Die Gesellschaft findet nun einmal nicht das Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht.

Dieses Gleichgewicht in unserem gesellschaftlichen Leben ist heute nicht vorhanden. Deshalb, Jungfameraden, kämpft für ein besseres Recht, agitiert und werbt für den Verband!

Aus unserer Jugendbewegung.

Welche Früchte unsere Jugendarbeit in den Pflanzbezirken (Nahe des Saargebietes) zeitigt, beweist uns ein Bericht von einer Jugendoblenktagung. Es wird uns dazu folgendes geschrieben:

Am 11. Oktober d. J. hielten die Unterbezirke Pflanz 1 und 2 in Sombach ihre Jugendtagung ab. Geleitet und geführt wurde die Konferenz nur durch Jungfameraden, ein trefflicher Beweis dafür, daß sich im Laufe der letzten Jahre unsere jungen Kameraden gut entwickelt haben. Jungfamerad Berg sprach zunächst über Gewerkschaftsprobleme und betonte dabei, daß sich heute im allgemeinen bei der Arbeiterschaft die Ueberzeugung durchzusetzen habe: ohne Organisation ist nicht an eine Besserung unserer Lage zu denken. Aber neben dieser Ueberzeugung fehlt die notwendige Tatkraft, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Unorganisierte und nur zahlende Mitglieder liefern dafür die besten Dienste. Nicht Kameraden dürfen sich auch an fleißige Tagungen und vergessen eine tiefere Unternehmung der Dinge.

Mit erhöhtem Interesse schaut man deshalb heute auf die Jugend als zukünftige Träger der Organisation. Durch Erstrebung der Wirtschaftsdemokratie, soll die Arbeiterschaft das Chaos und die Willkürherrschaft im kapitalistischen Wirtschaftsprozess überwinden. Dadurch erwachsen unserer Jugend neue schwerwiegende Aufgaben. Diese Aufgaben zu lösen, notwendige Kräfte freizumachen ist eine wichtige Teilaufgabe gewerkschaftlicher Jugendarbeit.

Ein weiteres Referat vom Jungfameraden Bach über die praktische Arbeit innerhalb unserer Jugendbewegung gab den Teilnehmern der Konferenz wichtige belehrende Hinweise für die Arbeit. Die folgende Diskussion auf die Ausführungen bewies das rege Interesse und den Tatwillen, mit dem unsere Jugendoblenke zu ihrer Arbeit stehen.

Auch im Ruhrgebiet scheint es nun wieder mit unserer Jugendarbeit langsam voranzugehen. In einzelnen Jugendversammlungen bekundeten unsere Jungfameraden lebhaften Willen zur Mitarbeit. Eine gut besuchte Versammlung in Gladbeck am 6. November begrüßte den Plan, in den kommenden Monaten regelmäßige Zusammenkünfte zu schaffen, die sich neben wichtigen Jugendfragen auch mit der Geschichte unseres Verbandes befassen. Dadurch wollen sich unsere Jungfameraden das notwendige Wissen aneignen, das sie unbedingt benötigen. Einen beglücklichen, willkommenen Veranstaltungsort hierzu bietet das von der Arbeiterjugend selbst gebaute Jugendheim. Die notwendigen Helfer haben sich auch bereits gefunden. So werden unsere jungen Kameraden in diesem Ort durch eine planmäßige Arbeit zu nützlichen, angenehmen Stunden während des Winters kommen. Wer ahmt von den übrigen Pflanzstellen und Bezirken diese vorbildliche Beispielenach?

Jugend und ihre Aufgaben.

Die Jungen von heute kamen nicht als die Verfolgten und Bedrückten zur Arbeiterbewegung wie die Alten. Diese mußten um die Viertelstunde Freiheit, um einen Groschen Lohnzuage ringen, häufig ihre Existenz aufs Spiel setzen. Deshalb geben sie sich als Kämpfer wohl anders. Die Jungen werden in der Jugendbewegung bei Spiel und Tanz, Geselligkeit und erhebenden Feiern mit der Arbeiterbewegung bekannt. Hier liegen erhebliche Unterschiede. Die Jugend hat ein Leben der Geselligkeit, überstrahlt von der befreienden Idee des Sozialismus, kennen gelernt und will es weiter führen. Das soll die Jugend, es ist sogar ihre Pflicht, es weiter zu tragen in den Kreis der „Alten“. Nur sollte nicht vergessen werden, daß dies mehr ein Genießen ist als ein Handeln. Unsere Aufgabe ist aber vornehmlich: zu handeln!

Im künftigen Leben wird auch noch ein Ringen sein um Tarifabschlüsse, um Einfluß im Betrieb, um politische Macht gegen die Feinde der Demokratie und der Arbeiterbewegung. Es wird hart hergehen, es wird häufig recht wenig „Ideal“ sein. Ihr Jungen müßt hindurch und müßt mit guten Mitteln und Werkzeugen durcharbeiten. Dazu braucht ihr die gewerkschaftliche Organisation. Die darf für euch weder ein Gefängnis sein, noch eine Drillanstalt. Ihr geht ihr den Odem, sie ist euer Bild; ihr seid die Organisation. Wie ihr seid, wird sie werden. E. Müller.

Worte fürs Leben.

Wir sind die Jungen. Uns gehört die Zeit; aber wir gehören auch der Zeit. Unser Recht ist unsere Pflicht! Ibsen.

Dinstellen und klagen über das Verderben der Menschen, ohne eine Hand zu regen, um es zu verringern, ist weiblich. Strafen und bitter höhnen, ohne den Menschen zu sagen, wie sie besser werden sollen, ist unfreundlich. Handeln! Handeln! das ist es, wozu wir da sind. Fichte.

Nun ist ja sicher, daß die Masse in der Nähe anders ausfießt, als wohlmeinende Schwärmer sie sich vorstellen. Das kann nach einer Jahrhunderte langen Mißhandlung unter Sklaverei, Feudalherrschaft und industrieller Ausbeutung gar nicht anders sein. Dies zu ändern und zu bessern ist eben die Aufgabe unserer Bewegung. Wer aber in dieser nur den edlen Prinzipien sieht, der das Wunderkind Dornröschen Volk nur zu erwecken und zu erlösen hat, der täuscht über die uns gestellte Aufgabe. Auer.

Bücher und Schriften.

Kinderleid — Jugendnot. Auch eine Bilanz des Krieges. Von W. Eschbach. Mit 21 zum Teil ganzseitigen Photos. 64 Seiten, gut kartoniert 1,80 M., gebunden 2,20 M. E. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

In dieser Schrift wird der Gegenwart ein ebenso erschütterndes wie beschämendes Bild unrisen. Die Not unserer Kinder- und Jugendwelt ist gewiß für den aufmerksamen Betrachter kein Geheimnis. Was jedoch Eschbach hier in nackten Daten und Bildern zusammenfaßt vom Schicksal der Kriegs- und Nachkriegsgeborenen, wirkt nicht als Darstellung von Einzelschicksalen nieder-schmetternd, sondern als Querschnitt durch die soziale Lage breiter Bevölkerungsschichten und deshalb als fürchterliche Auflage gegen soziale Unterlassungssünden von Staat und Gesellschaft. Eschbach, der sich als Angehöriger der freigewerkschaftlichen Jugendbewegung beruft mit den von ihm in vorliegender Schrift geschilderten Verhältnissen zu befassen hat, zeigt sich als unaffender Kenner des Materials, von dem nur Typisches zur Darstellung gelangte. In vier Kapiteln: Kriegsfolgen — Ernährungslage — Kinderkrankheiten — Wohnungsnot und Mangelerscheinungen schildert Eschbach die unmittelbaren Kriegsfolgen auf gesundheitlichen und sozialem Gebiete für die lebende Kinder- und Jugendorganisation und läßt die jetzt noch nicht abzuschätzende große Schädigung der Volkskraft durch den Krieg klar erkennen. Das Werkchen bietet eine Fülle wichtigsten Materials für alle sozial Denkenden und wird besonders auch im Kampfe gegen Krieg und Kriegsgeschrei eine willkommenen Waffe sein.

Unsere Arbeit. Die freigewerkschaftliche Jugendzentrale in Berlin hat unter dieser Bezeichnung eine 48 Seiten starke Broschüre herausgegeben, die für die gewerkschaftliche Jugendarbeit in den Städten besondere Beachtung verdient. In klarer, übersichtlicher Weise wird von der Jugendarbeit in Berlin berichtet und in kurzer Form ein Einblick in das mannigfaltige Leben der gewerkschaftlichen Jugendbewegung gegeben. Die Art der Organisation und der getroffenen Veranstaltungen, über die gleichfalls berichtet wird, kann für die praktische Arbeit in den Städten sehr wertvolle Hinweise geben. Wir empfehlen deshalb die Anschaffung der Broschüre, besonders da, wo in den örtlichen Verhältnissen eine gemeinschaftliche Arbeit mit anderen Berufsorganisationen erstrebt wird.

Der Preis der Broschüre beträgt 50 Pf. Zu beziehen ist die Schrift durch die freigewerkschaftliche Jugendzentrale in Berlin SO 14, Engelauer 24-25.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Es bleibt beim Wucherdiskont.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat bekanntlich einige Wochen in Amerika gewelt, um die Lage des amerikanischen Geldmarktes zu studieren. In diese Reise nach Amerika knüpfen sich in Deutschland mancherlei Hoffnungen. So erwartete man die Aufnahme einer Dollarleihe für die gesamte deutsche Industrie. Außerdem liebäugelte man mit dem Gedanken einer Herabsetzung des Zinssatzes der Deutschen Reichsbank.

Schacht ist nun nach Deutschland zurückgekehrt und hat zweimal Gelegenheit genommen, sich über seine Pläne und die künftige Politik der Reichsbank auszusprechen. Weder seine Ausführungen im Zentralausschuß der Reichsbank, noch seine Ausführungen in Stuttgart bei Gelegenheit der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes dürften in Deutschland befriedigt haben. Dr. Schacht lehnt für die Reichsbank eine Herabsetzung des Diskontsatzes ab. Er begründet seine Ablehnung zum größten Teil durch technische Gründe, u. a. durch das Steigen des Bankdiskontes in England und Amerika, ohne aber eine Erklärung dafür zu geben, daß der Zinssatz in Deutschland doppelt so hoch ist, als in den angelsächsischen Ländern. Dagegen soll die Kreditperre fallen, d. h. man will der deutschen Industrie größere Kredite einräumen. Dieser Beschluß bedeutet die Aufhebung der Kreditdrosselungen, der sogenannten Kreditrestriktion, wie sie in Deutschland seit April 1924 eingeführt ist. Mit dieser Restriktion wollte man in Deutschland die Vereinigungsstrafe beschleunigen. Gerade die deutsche Arbeiterschaft ist für diese Restriktionen eingetreten, weil sie dadurch eine schnellere Überwindung der Wirtschaftskrise erhoffte. Die Hoffnungen sind aber kaum in Erfüllung gegangen, eben weil die Kreditdrosselung bei uns niemals richtig durchgeführt wurde. So bedeutet auch die Aufhebung der Kreditrestriktion, wie sie Schacht jetzt angekündigt hat, kaum etwas Neues, denn die Kreditrestriktion ist schon seit langem durch die Weitergabe von rediskontierten Wechseln durch die Reichsbank tatsächlich umgangen worden.

Durch seine Ausführungen bringt Dr. Schacht seine Politik völlig in Einklang mit der Politik der Großbanken. Es bleibt vor allen Dingen bei dem hohen Wucherdiskont. Was das für unsere Produktion bedeutet, mag aus den Berechnungen des bekannten Wirtschaftspolitikers Dalberg hervorgehen, wonach die Herabsetzung des deutschen Reichsbankdiskontes von 9 auf 8 Proz. für die deutsche Wirtschaft die Ersparnis von 100 Mill. Mk. bedeutet.

Ueber die Aufnahme einer Gesamtanleihe für die deutsche Industrie hat Dr. Schacht sich ebenfalls ausgesprochen. Hier scheinen sich die Dinge so zu entwickeln, daß die einzelnen guten Industriezweige in Deutschland in nächster Zeit große Anleihen aufnehmen werden. So hat, wie wir schon mitgeteilt haben, die deutsche Kalkindustrie mit der Annahme einer Anleihe von 200 Goldmillionen begonnen. Diese Anleihe ist aber typisch für die Politik der deutschen Großbanken. Die deutsche Kalkindustrie ist heute eine der besten und rentabelsten deutschen Industrien. Sie hat seit langem die Umstellung aus den laienischen Mitteln, aus den Preisen, durchgeführt und man fragt sich in aller Welt, zu welchem Zwecke die deutsche Kalkindustrie 200 Millionen Mark Kredit braucht? Wozu die 200 Mill. Mk. benötigt werden, wissen wahrscheinlich die deutschen Großbanken. Die deutsche Kalkindustrie bekommt das Geld vom Auslande zu rund 8,1 Prozent. In Deutschland muß aber für dasselbe Geld bei den deutschen Großbanken ein Satz bezahlt werden, der selbst bei besten Sicherheiten 14-15 Prozent beträgt. Wenn also die deutschen Großbanken auch nur einen Teil der deutschen Kalkanleihe in die Hand bekommen, bedeutet die Weiterverleihung in Deutschland selbst für sie ein gutes und risikoloses Geschäft. Daß man aber an ein solches Geschäft denkt, ist gar nicht von der Hand zu weisen. Es ist ja bekannt, daß die deutschen Großbanken, die Deutsche Bank, die Commerz- und Privatbank, die Schaaffhausensche Bank den größten Einfluß auf die Verwaltung in der deutschen Kalkindustrie ausüben.

Dazu kommt noch eine Tatsache. Wenn die Deutsche Reichsbank auf die Aufnahme einer Gesamtanleihe für die deutsche Industrie verzichtet und den einzelnen Industrien in der Art wie bei der deutschen Kalkanleihe die Aufnahme überläßt, werden die Banken infolge des Zustromes ausländischen Kapitals über die deutsche Industrie in den Besitz großer Geldmittel kommen. Der Zinssatz in einem Lande wird aber immer von denjenigen Kapitalgebern gemacht, denen das nötige Leihgeld zur Verfügung steht, d. h. die gegenwärtige Entwicklung wird dahin führen, daß der sich in den Großbanken verkörpernde deutsche Finanzkapitalismus den Bankzins in Deutschland macht und nicht die Reichsbank; natürlich im Interesse der Großbanken. Denn diese allein haben nur den Profit von einer Bankrate in Höhe von 13-14 Prozent.

Diese Politik ist aber in ihren Mitteln schon ein ganz seltsamer Mißbrauch. Die deutsche Kalkanleihe wird dem Auslande gegenüber durch die deutschen Kalklager und die deutschen Kalkwerke gesichert. Das Kalk im deutschen Boden ist aber Nationalvermögen, Eigentum des Volkes. Dieses wird aber mißbraucht, um eine Wucherpolitik der Großbanken durchzuführen. Das sind herrliche Zustände!

Wie die deutsche Industrie beherrscht wird.

Während der Inflation schufen die einzelnen Erwerbsgesellschaften in der deutschen Wirtschaft die sogenannten Vorzugs- und Mehrstimmrechts-Aktien. Das Wesen dieser Aktien bestand darin, daß sie für wenig Geld in ganz bestimmte Hände kamen. Man wollte damit einer Lieberfremdung der deutschen Wirtschaft, einem Aufkaufen wichtiger deutscher Industriezweige durch das Ausland vorbeugen. Das geschah dadurch, daß die Inhaber sogenannter Vorzugsaktien ein vielfaches Stimmrecht bekamen und so in der Generalversammlung für jeden Fall die Mehrheit besaßen.

Nach der Inflation ist es im großen und ganzen bei dieser Maßnahme geblieben. Die Vorzugsaktien sind noch immer da und geben ganz gewissen Kreisen die Möglichkeit, weite Teile der deutschen Industrie zu beherrschen. Das Reichsstatistische Amt hat nun eine Statistik veröffentlicht, in welchem Ausmaß der Anflug der Vorzugsaktien in der deutschen Wirtschaft noch grasst. Erfasst wurden 1595 Gesellschaften mit einem Kapital von 11,2 Milliarden Mark. Davon hatten 860 Gesellschaften mit einem Kapital von 3,6 Milliarden Mark Aktien mit bevorzugtem Stimmrecht ausgegeben. Der eingezahlte Betrag für die Aktien mit bevorzugtem Stimmrecht beträgt 148 Millionen Mark = 2,1 Proz. des gesamten Grundkapitals der Gesellschaften. Auf die gesamten Gesellschaften entfallen rund 186 Millionen Stimmen. Von diesen 186 Millionen Stimmen sind aber 71 Millionen Vorzugsstimmen, d. h. 38 Prozent der Stimmen fallen auf Mehrstimmrechtsaktien, und in der Praxis werden Gesellschaften mit einem Kapital von 6,2 Milliarden Mark durch ein Vorzugsaktienkapital in Höhe von 148 Millionen Mark beherrscht. Diese 148 Mill. Mk. Vorzugsaktienkapital sind nun durchweg im Besitz einiger eng begrenzter Gruppen des Finanz- und Industriekapitals, die ihre Macht durchweg nicht im Interesse des Volkes und der Wirtschaft gebrauchen. Der Zustand ist so ungeheuerlich, daß hier bald Veränderung geschaffen werden muß. Die Vorzugsaktien wurden geschaffen, um einer Lieberfremdung der deutschen Industrie durch das Ausland vorzubeugen. Jetzt, wo sich die Vorzugsaktie infolge der Stabilisierung überlebt hat, wird sie als Mittel mißbraucht, einen überspannten Kapitalismus in Deutschland im Sattel zu halten.

Welche Macht die Vorzugsaktien bedeuten, mag aus folgendem Fall hervorgehen: Die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch in Rasthausen bei Gelsenkirchen gab gelegentlich der Umstellung der Bilanz auf Goldmark Vorzugsaktien in Höhe von 3 Millionen Mark heraus. Die Kleinaktionäre konnten diese Vorzugsaktien nicht kaufen, so daß zwei Drittel der gesamten Vorzugsaktien an den Großaktionär der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch fielen. Das ist — eine belgische Firma in Brüssel. Auf die Vorzugsaktien der Bergwerksgesellschaft Dahlbusch entfallen 150 000 Stimmen. Ueber diese verfügt fast reiflos die belgische Gesellschaft, während das normale Kapital in Höhe von 12 Mill. Mk. nur über 120 000 Stimmen insgesamt verfügt. Das ist geradezu ein klassisches Beispiel für den Mißbrauch der Vorzugsaktie und ein durchschlagender Beweis, wie der Lieberkapitalismus heute in Deutschland sich mit Hilfe einer rückständigen Gesetzgebung am Ruder hält.

Die Kommandogewalt der Konzernkönige.

Einer der festgefügtesten Konzerne in Deutschland ist der Kalkonzern Wintershall. August Koberg und Fritz Reehberg fungieren hier als Leiter dieses riesigen Unternehmens, welches 40 Prozent der Kalkindustrie kontrolliert. Wie die angegliederten Gesellschaften in einem solchen Konzern behandelt werden, zeigt ein Blick auf die Einladung der diesjährigen ordentlichen Generalversammlungen, die am 16. und 17. Dezember in Kassel stattfinden. Am 16. Dezember sollen von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr einschließlich einer Mittagspause 29 Generalversammlungen stattfinden. Unter diesen 29 Konzernunternehmungen befinden sich die Kontrollgesellschaften (Kalk-Industrie A.-G., Kalk-Bank und Gewerkschaft Wintershall) selbst. Es wird für jede Gesellschaft eine Verhandlungszeit von knapp 8 Minuten bleiben. Am 17. Dezember läßt Herr Koberg die Vertreter von 27 Gesellschaften und Gewerkschaften in derselben Zeit hintereinander antreten, damit sie die Befehle der Konzernkönige entgegennehmen können. Auch dies ist ein Beispiel dafür, daß von einer demokratischen Verfassung im Aktienwesen keine Rede sein kann, sondern daß die General- und Gesellschaftsversammlungen nur als Staffage dienen. In Wirklichkeit herrschen nur ein paar Personen. Dies lehrt insbesondere der Wintershallkonzern.

Die Verordnung über die Geschäftsaufsicht soll verschoben werden.

Zu den Maßnahmen zur Senkung der Preise, die die Regierung Luther während des Rücktritts noch zu treffen glaubte, gehört auch die Aufhebung der Verordnung über die Stellung unter Geschäftsaufsicht. Wenn je ein Anstand, dann hat dieser den überlebten Wirtschaftsansatz über Gebühr am Leben erhalten. Die Stellung unter Geschäftsaufsicht bedeutet für viele Unternehmungen die unnütze Verlängerung eines unmöglichen Zustandes. Meistens wurde die noch vorhandene Substanz unter dem Deckmantel der Geschäftsaufsicht von den sogenannten Hyänen aufgefressen. Nunmehr soll das Gesetz der Vorkriegszeit wieder in Kraft treten, wonach bei Zahlungsfähigkeit vor dem Amtsgericht ein Zwangsvergleich unter Beibringung der Unterlagen, Belegen usw. geschlossen werden kann, wenn 75 Prozent der Gläubiger dem zustimmen. Sollte diese Gesetzesvorlage zur Annahme gelangen, dann wird ein wesentlicher Fortschritt nach der Seite der Wirtschaftsbereinigung erreicht sein. Reichswirtschaftsrat und Reichstag werden sich mit der Vorlage beschäftigen.

Eine 6 1/2 Millionen-Dollaranleihe.

die auf 10 Millionen Dollar erhöht werden kann, hat die Sapag in Newyork abgeschlossen. Der Zinssatz beträgt 6 1/2 Prozent. Die Anleihe soll dem Ausbau des Schiffsparks der Sapag dienen.

Schluss des redaktionellen Teils.

Ein sehr beliebtes Weihnachtsgebäck ist Spekulatius nach Dr. Oetker's Rezept:

Zutaten:	
1/2 Pfd. Butter	1 Pfd. Weizenmehl
1/2 Pfd. Zucker	1 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
1/4 Pfd. feingehackte Mandeln	Die abgeriebene Schale von 1/4 Zitrone.
2 Eier	
5 g Zimt,	

Zubereitung: Die Butter rührt man zur Sahne, fügt Zucker, Eier, Mandeln, Zimt und zuletzt das mit dem Backin gemischte Mehl hinzu. Dann rollt man den Teig auf einem Backbrett messerrückendick aus, nötigenfalls fügt man noch etwas Mehl hinzu und sticht mit kleinen Blechformen Plättchen aus, die auf einem gebutterten Blech knusperig gebacken werden. Es empfiehlt sich, das Gebäck in Blechdosen aufzubewahren, damit es längere Zeit knusperig bleibt. Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, unsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Es ist kein Zufall,

daß gerade Kathreiners Malzkaffee so vorzüglich schmeckt. Wenn bestes Malz nach dem Kathreiner-Verfahren bearbeitet wird, ist der Malzkaffee eben von überragender Qualität, und die kommt natürlich auch im Geschmack zum Ausdruck. Dabei kostet ein Pfundpalet Kathreiners Malzkaffee nur 50 Pf.

Reklame und Qualitätsware. Es gibt in der Geschäftswelt zahlreiche Beispiele, daß alteingesessene Häuser, nur weil sie die Reklame vernachlässigen, weil sie die Macht der Zeitungsanzeige unterschätzen, absterben. Was nützt es, gute Waren bezustellen, wenn niemand sie kauft, denn auch die beste Ware kann nur Verbreitung erlangen, wenn sie bekannt wird. Es wäre aber für jeden Kaufmann ein großer Fehler, für schlechte Ware Reklame zu machen, die Kosten würden sich nicht lohnen; deshalb ist eine fortlaufende Reklame in großem Stil das sicherste Zeichen für Wert und Preiswürdigkeit der angebotenen Ware. Ein vorzügliches Beispiel hierfür bildet die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“, die seit Jahr und Tag durch zahlreiche Anzeigen allgemein bekannt geworden ist und deren Beliebtheit wegen ihrer vorzüglichen Qualität und ihrer Güte, der Reinheit des Geschmacks und sonstiger Vorzüge überzeugt hat, wird bestätigen, daß die Blaubandmargarine überall dort im Haushalt zu verwenden ist, wo bisher Butter gebraucht wurde.

DIE ZWÖLF HAUPTGRÜNDE DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER

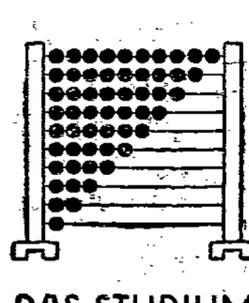
REEMTSMA A. G.

CIGARETTENFABRIKEN

ALTONA-BAHRENFELD • REISHOLZ BEI DÜSSELDORF • BUSSUM IN HOLLAND



N.2



**DAS STUDIUM
DES TABAKS
DER RECHENMASCHINE
DES RAUCHERS**




Empfehle
**la. junge Hafer-
Mastgänse**
leichte Mk. 1.- bis
1,10, schwere Mk.
1,10 bis 1,20 p. Pfd.
Keine Züchtung
Paul Knaack,
Zittau.
Gegr. 1892.
Beste Bezugsquelle
für Eier, Butter,
Käse und Wild.

Sprechapparate
in allen Preislagen von
Mk. 25.- an aufwärts
Kataloge umfr. 200
Musikhaus Rich. Curtz
Pforzheim Nr. 42.

Bettstätten
Befreiung sofort.
Auskunft kostenlos.
Alter und Geschlecht
angeb. Dr. med. Heu-
mann & Co., Vöhring
145 (Bayern).

36 Berg Gebirg 47
Strapazierfest, erpft.,
3 doppelte Köpfe, Ge-
ranie, wasserf. 14 Str.,
8 Paar 34 Mk. Gruben-
u. Arbeitssat., extra hoch
8 Mk., 3 Paar 21 Mk.
Koch. Dr. Fischer,
Schilberg bei Tachen.

CA Wunderlich
Markenkirchen-
Liebenbrunn 66
Gegründet
1854


Viktor Kalinowski:
**Meine Seele
singt!**
Gesammelte Gedichte
Preis für Verbandsmitglieder
75 Pfennig
Zu beziehen durch
Kausmann & Co., Bochum

Tilsiterkäse
(gar. holl. Reibekäse)
aus erster D. R. Rol-
ferei, direkt vom Er-
zeuger, ohne den ver-
teuernden Zwischenhän-
del, Versand gegen Nachn.
in Postfracht von 9-10
Pfd. zum Preis von
1,20 Mk. per Pfund.
Bestellung an Rolfferei
Trunz, Opp. enger.

Edelroller
m. tiefem Wohl-
schmelz, Wohl-
klingel, Ameri-
kische Pat. 8, 10,
12 und 15 Mk.
Abweihen 1,50
Mk. versch. gegen
Nachnahme bei 6wägiger
Probzeit.
**H. Volgt, Romberg-
Nordhausen a. Harz.**

**Bienen-Schlecker-
Honig**
gar. rein, beste Qualität,
goldklar, 10 Pfund Dose
10,50 Mk., halbe 6 Mk.
Ichn. Nachn. 20 Pf. mehr.
Garantie Zurücknahme.
**Dr. Frieger, Jülicher,
Reiberg 20 (Westf.).**

Futterale
für Mitgl. des B. C.
Preis 10 Pf.
H. Kausmann & Co.
Bochum i. W.

